

INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

86/15

ZEITGESCHICHTE

Moçambiques
Unabhängigkeit

INTERVIEW

Karlheinz Kopf
zu Südafrika

KULTURAUSTAUSCH

re/calling Siachilaba



SADOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADOCC:

- » Dokumentation und Bibliothek in A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1 (Öffnungszeiten: Dienstag 14.00-18.00) Tel. 01/505 44 84 Fax 01/505 44 84-7 URL: <http://www.sadocc.at>
- » das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA
- » monatliche Veranstaltungen „Forum Südliches Afrika“
- » Stadtspaziergänge „Afrikanisches Wien“
- » Projekt Schwimmunterricht in Südafrika

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 22,- (für Institutionen EUR 40,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten. Das Abonnement von INDABA kostet EUR 13,-.

Abo- oder Mitgliedsbeitrags-Einzahlungen auf unser Konto bei der BA-CA, BLZ 12000, Konto 610 512 006, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW; Spenden erbeten auf Konto: Postsparkasse, BLZ 60000, Kto-Nr. 93.009.960., IBAN AT706000000093009960, BIC OPSKATWW)

ACHTUNG - geänderte Postadresse: Wir haben unser Postfach aufgelassen – postalische Zusendungen bitte nur mehr an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1!

Elfriede Pekny-Gesellschaft

Die Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies in Österreich (benannt nach der Ende 2004 verstorbenen SADOCC-Generalsekretärin) ist der wissenschaftliche Arm von SADOCC. Spenden können laut Bescheid des zuständigen Finanzamtes von der Steuer abgesetzt werden.

Kto. Nr. 507 860 22463, BLZ 12000,
IBAN AT21 1200 0507 8602 2463,
BIC BKAUATWW

Österreichische Namibia-Gesellschaft

bemüht sich im Rahmen von SADOCC um österreichische Solidarität mit dem 1990 unabhängig gewordenen Namibia.

Aktuell:

25 Jahre Namibia

Unterstützung für San-Schule

(Spenden erbeten auf Konto PSK, BLZ 60000, Nr. 92.000.111, IBAN AT696000000092000111, BIC OPSKATWW)

Informationsveranstaltungen

Interessierte sind zur Mitarbeit herzlich eingeladen.

Weitere Infos:

Neue Website: www.oeng.org

E-Mail: namibia@sadocc.at

Kleinbauernförderung in Moçambique 4

3 Moçambique – 40 Jahre unabhängig
 Während eine portugalfreundliche Lobby im Wiener Außenamt die Staatsgründung mit Mißfallen betrachtete, machten sich einige wenige Österreicher/innen zur Unterstützung der befreiten Kolonie auf

spektrum 14



Kolumne von Adalbert Krims 19

17 Ausbaufähig
 Interview mit dem Zweiten Nationalratspräsidenten Karlheinz Kopf (ÖVP) über seinen Aufenthalt in Südafrika

20 Geschichtsbewußtsein?
 Bernhard Bouzek über eine ambivalente Gedenkkultur in Südafrika

Zum 100. Geburtstag von Beyers Naudé 27

24 One man, one note
 Vor zwanzig Jahren begann der Kulturaustausch mit den Tonga, einer benachteiligten Volksgruppe in Zimbabwe

Impressum: **Herausgeber und Medieninhaber** (Verleger): Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). **E-Mail:** office@sadocc.at **URL:** http://www.sadocc.at. **Druck:** RemaPrint (1160 Wien). **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Elisabeth Koller. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Bernhard Bouzek, Gerhard Burda, Kathrin Gradt, Horst Kleinschmidt, Adalbert Krims, Peter Kuthan, Kurt Leitner, Margit Niederhuber, Josef und Mary Pampalk, Lotte Rieder, Walter Sauer, Magdalena Waygand. **Fotos:** Bernhard Bouzek, Johann Gattringer, Margit Niederhuber, Photo Simonis, Werner Puntigam, SADOCC, Walter Sauer, Mamadou Kaba Souare, Marlene Wagner, www. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 15. Juni 2015. **Konto:** BA-CA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW; Spenden erbeten auf Konto: Postsparkasse, IBAN AT70 6000 0000 9300 9960, BIC OPSKATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Helmuth Hartmeyer, Wien; Peter Jankowitsch, Wien; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Shula Marks, London; Kirsten Rüther, Wien.

Diplomatische Blockade

Österreich und die Unabhängigkeit von Moçambique

Warum Österreich nicht mit Samora Machel reden wollte, keinen Sonderbotschafter zu den Unabhängigkeitsfeiern entsandte und nur unwillig in Entwicklungszusammenarbeit einstieg. Von Walter Sauer.

Eine persönliche Vorbemerkung sei mir gestattet: Anlässlich des ersten österreichischen EU-Vorsitzes 1998 wurde ich von der *Österreichischen Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE)* dazu eingeladen, einen Beitrag über die heimischen Beziehungen zum Südlichen Afrika zu schreiben. Ich nannte ihn „*Von der Schwierigkeit, auf Entwicklung zu reagieren*“ und vertrat darin die These, Österreich habe sich nie aktiv für die Unabhängigkeit und selbstbestimmte Entwicklung der Völker in dieser Region eingesetzt, sondern sich bestenfalls im Nachhinein mit den neuen politischen Verhältnissen arrangiert. Im Außenministerium, auch bei wohlgesonnenen Beamten, machte ich mich damit nicht beliebt – wollten diese sich doch als proaktive, positive Kraft im Bereich der internationalen Beziehungen vermarkten.

Tiefergehender Quellenforschung waren damals enge Grenzen gesetzt. Ministerin Benita Ferrero-Waldner hatte die Aktenbestände des Ministeriums im Archiv der Republik bis weit über die gesetzliche Schutzfrist von 30 Jahren hinaus sperren lassen – aus bis heute unbekanntem Gründen. Seit damals hat sich die Lage erfreulicherweise verbessert, zumindest bis 1980 sind die Dokumente der Politischen Sektion einsehbar.

Machen wir also die Probe auf's Exempel: Österreich und die Unabhängigkeit von Moçambique!

Jahrhundertlang hatte sich das überarmte Portugal kaum um seine Kolonien gekümmert (oder zumindest nicht um deren Bevölkerung), und der faschistische *Estado Novo*, der 1926 durch einen Putsch an die Stelle der Republik getreten war, intensiviert die Unterdrückung noch weiter. Eine verstärkte Ausbeutung vor allem Angolas und Moçambiques sollte die Wirtschaft im „Mutterland“ sanieren. Proteste der Betroffenen und erste Forderungen nach staatlicher Unabhängigkeit wurden brutal unterdrückt, 1960 zum Beispiel erschossen portugiesische Soldaten 500 Demonstrant/inn/en in Mueda im Norden der Kolonie. Zwei Jahre später formierte sich im Untergrund eine nationale Befreiungsbewegung, die *Frente da Libertação de Moçambique (FRELIMO)*. Ihr erster Präsident war Eduardo Mondlane, Gründer einer Studentenorganisation, die als ein Vorläufer der FRELIMO angesehen wird.

1964 begann FRELIMO mit dem bewaffneten Kampf, was zu massiven Gegenschlägen der portugiesischen Armee führte. 1969 wurde Mondlane

durch einen Briefbombenanschlag der Geheimpolizei PIDE getötet. Dennoch konnte FRELIMO vor allem im nördlichen Landesteil „befreite Zonen“ errichten.



Samora Machel

Am 25. April 1974 führte die sog. Nelkenrevolution in Portugal – mitausgelöst durch die hohen Verluste der Armee in den Kolonialkriegen in Afrika – zum Sturz von Diktator Caetano. Die neue Regierung, die zunächst stark von linken Kräften geprägt war, beschloß die baldigstmögliche Unabhängigkeit aller portugiesischen Kolonien, also von Timor-Leste, Guinea-Bissau, Angola und eben auch von Moçambique. Am 7. September 1974 wurde in Lusaka ein Abkommen über einen Waffenstillstand unterzeichnet, in dem das Recht des moçambikanischen Vol-

**Diktatur in
Portugal
gestürzt**

kes auf nationale Selbstbestimmung anerkannt und die Übertragung der Regierungsgewalt an die FRELIMO vereinbart wurde. In Lourenço Marques, dem heutigen Maputo, wurde eine provisorische Regierung unter portugiesischer Beteiligung errichtet, als Tag der Unabhängigkeit der 25. Juni 1975 festgelegt. Jedem war klar, daß Samora Machel, Mondlanes Nachfolger an der Spitze der FRELIMO, zum ersten Staatspräsidenten des unabhängigen Moçambique designiert war.

Was ihn freilich für die Beamten am Wiener Ballhausplatz – dem Sitz des damaligen *Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten (BMAA)* – noch lange nicht zum legitimen Gesprächspartner machte. „Bei gesellschaftlichen Anlässen“, berichtete am 10. Oktober 1974 der österreichische Botschafter in Nairobi, Georg Reisch, hätten „*Samora Machel selber oder andere führende Vertreter der FRELIMO den österreichischen Generalkonsul in Dar-es-Salaam mehrfach auf eine mögliche Zusammenarbeit mit oder Unterstützung durch Österreich angesprochen.*“ Ob da nicht ein direkter Kontakt angebracht wäre? „*Allen gegenwärtigen Erwartungen zufolge wird Herr Samora MACHEL der erste Präsident des künftigen unabhängigen Moçambique werden. Bezüglich allfälliger Hilfsleistungen Österreichs – angeblich werden abgesehen von finanziellen Zuwendungen insbesondere Ausbildungsmöglichkeiten für die zahlenmäßig viel zu geringen Kader der Verwaltung, Medikamente und medizinische Ausrüstung dringend benötigt – könnte hiebei ein bloß explorativer und in keiner Weise verbindlicher Gedankenaustausch vorgenommen werden.*“

Damit hatte sich Botschafter Reisch – der sich damals auch für die Errich-

Neuer Agrarplan

Die lange erwartete neue Strategie zur ländlichen Entwicklung des Nacala-Korridors, *ProSavana*, wurde im April veröffentlicht. Die Kritik der Zivilgesellschaft und von Gruppen innerhalb des Landwirtschaftsministeriums am Erstentwurf hat offenbar Früchte getragen. Mehr Aufmerksamkeit liegt jetzt auf den Subsistenzbauern und ihren Familien, die Rolle der Regierung wurde intensiviert. So nimmt man jetzt Subventionen für Düngemittel sowie ländliche Kredite in Aussicht, und die Position der Bauern bei der Zulieferung an Firmen soll durch eine neue Gesetzgebung gestärkt werden.

Der von Brasilien und Japan finanzierte Plan ProSavana betrifft neunzehn Distrikte in den Provinzen Nampula, Zambezia und Niassa. Insgesamt sind das zehn Millionen Hektar, von denen etwa 4,3 Mio. landwirtschaftlich nutzbar sind. Schätzungen zufolge leben in diesem Gebiet 692.000 Bauernfamilien, die ihr Land rotierend bebauen; d. h. daß die Felder alle drei bis fünf Jahre verlegt werden und der bisher bebaute Grund für etwa ein Jahrzehnt unbearbeitet bleibt, bis er seine Fruchtbarkeit zurückgewinnt. Durchschnittlich entfallen auf jede Familie 4,3 Hektar, von denen jeweils ein Drittel genutzt wird; etwa 1,5 Mio. Hektar sind völlig unbebautes Land, das meiste davon in Niassa.

Letztendlich sollen die Familien durch ProSavana mehr Land permanent bewirtschaften können, die Produktivität soll durch besseres Saatgut, Düngemittel und Traktoreneinsatz gesteigert und damit mehr Marktbelieferung möglich gemacht werden.

Von zentraler Bedeutung dafür sind Bauernorganisationen, von denen es dem Plan zufolge in Moçambique nur 4000 gibt, die Hälfte davon Mitglieder des nationalen Bauernverbandes (*União Nacional de Camponeses, UNAC*). Die meisten Organisationen können zudem nur durch die Unterstützung von NGOs überleben, wirtschaftlich sind nur wenige erfolgreich.

Als wichtiges Element der Agrarreform wird das sog. *Contract farming* gesehen, wie es bereits bei Tabak und Baumwolle praktiziert wird (INDABA 74/12). Dabei liefert eine Firma die notwendige Ausrüstung und garantiert Bankkredite sowie Marktzugang für Kleinbauern, die sich wiederum verpflichten, nach der Ernte an diese Firma zu liefern. Da es dabei oft zu Problemen kommt, sieht der Plan eine verbesserte Gesetzgebung sowie Training für die Distriktsverwaltungen vor. Da es in dem betreffenden Gebiet nur fünf Monate pro Jahr Regenfälle gibt, ist auch eine entsprechende Bewässerung erforderlich.

ProSavana ist seit seiner Ankündigung 2011 sehr umstritten, wobei die Fronten quer durch alle drei involvierten Parteien verlaufen – das moçambikanische Landwirtschaftsministerium und die brasilianischen bzw. japanischen Proponenten. Intern bestehen jeweils zwei Gruppen: eine, die mehr Unterstützung für die Subsistenzbauern fordert, und eine andere, die für die

in Moçambique

Schaffung von Großfarmen eintritt und dabei die jeweiligen Agrarkonzerne im Auge hat.

Die nun veröffentlichte Strategie wird eindeutig von der bauernfreundlichen brasilianischen Fraktion in ProSavana dominiert und enthält zahlreiche interessante Vorschläge. Ausländische Investitionen in die Landwirtschaft werden zwar akzeptiert, über ihr Ausmaß wird jedoch nichts gesagt. Regierungsmaßnahmen sollen zudem sicherstellen, daß die Agrarinvestoren die „Internationalen Prinzipien für verantwortungsvolle Agrarinvestitionen“ beachten. Es sollen auch Landtitel vergeben werden, um individuelle wie auch kommunale Landbesitzrechte zu schützen.

Die interessante Frage dabei ist aber, ob die Vergabe solcher Landtitel nicht auch dazu benützt werden kann, kleinbäuerliche Landflächen zu reduzieren und dadurch mehr Land für Großinvestoren zugänglich zu machen. Nicht selten werden nämlich Böden, die mit sog. Wanderfeldbau bebaut werden, von den Behörden als „unterbewirtschaftet“ bewertet. Kleinbauern könnten dazu gedrängt werden, einen Landtitel nur für das von ihnen aktuell genutzte Land zu akzeptieren, wodurch der brachliegende Boden für Investoren zur Verfügung stünde.

Die Region um Niassa, Cabo Delgado und Nampula wird immer wieder auch im Zusammenhang mit großflächigem *Land Grabbing* genannt, zuletzt in einem neuen Bericht der spanischen Nichtregierungsorganisation *Grain* (<http://www.grain.org/article/entries/5137-the-land-grabbers-of-the-nacala-corridor>). Alle diese Lizenzen stammen aus der Zeit vor ProSavana. Dazu zwei Bemerkungen auf Basis unserer eigenen Forschung (<http://bit.ly/chickens-beer>): Kein einziges landwirtschaftliches Großprojekt, ob im Rahmen einer staatlichen Farm oder von privaten Investoren, hat sich seit der Unabhängigkeit 1975 als profitabel erwiesen. Nur die kleinbäuerliche Wirtschaft scheint – mit entsprechender Unterstützung und garantiertem Marktzugang – imstande, eine funktionierende Agrarproduktion aufzubauen. Das werden auch Brasilien und Japan einsehen müssen.

Und zweitens: Es gibt in Moçambique kein herrenloses Land mehr. Große Agrarinvestitionen kommen daher zwangsläufig in Konflikt mit staatlichem oder privatem Grund und Boden. Zweitens resultieren Landkonflikte auch daraus, daß riesige Gebiete während des Krieges 1980-92 entvölkert waren. Juristisch werden heute Familien, die nach Kriegsende dorthin kamen und für mindestens zehn Jahre selbsthaft waren, als Eigentümer betrachtet. Immer wieder kehren aber auch Nachkommen jener Bäuerinnen und Bauern, die in den 1940er und 50er Jahren von der Kolonialverwaltung vertrieben wurden, in ihre alte „Heimat“ zurück, was zu heftigen Konflikten führt. Bislang hat man versucht, dieselben auf lokaler Ebene zu lösen, freilich nicht immer erfolgreich.

Joseph Hanlon

tung einer österreichischen Vertretung in Zambia engagierte – freilich weit aus dem Fenster gelehnt. Am Ballhausplatz war man peinlichst bestrebt, eine vorschnelle Anerkennung der FRELIMO zu vermeiden. Noch war die Befreiungsbewegung nicht am Ruder, noch unterstand Moçambique Portugal, und noch amtierte in Lourenço Marques eine portugiesisch-moçambikanische Übergangsregierung, mit deren Anerkennung man vielleicht sogar einen Keil zwischen den Exil- und den Inlandsflügel der FRELIMO treiben konnte.

Mit Interesse hätte man den Vorschlag des Botschafters zur Kenntnis genommen, antwortete also Gesandter Eduard Tschöp, Leiter der Abteilung II/4, die für die meisten lateinamerikanischen, afrikanischen und asiatischen Staaten zuständig war, am 31. Oktober, stellte zugleich aber den politischen Stellenwert Machels in Frage: „*Da jedoch in Moçambique eine provisorische Regierung amtiert, wäre es von Interesse zu erfahren, weshalb der Präsident der FRELIMO weiterhin in Dar-es-Salam residiert und welche Funktionen er de jure und de facto ausübt, da es denkbar wäre, dass die künftigen außenpolitischen Beziehungen Moçambiques auch von der provisorischen Regierung wahrgenommen werden.*“

Botschafter Reisch ließ nicht locker. Der provisorischen Regierung in Lourenço Marques kämen ja keine Souveränitätsrechte zu, antwortete er am 24. November, sodaß „*zumindest de facto die aussenpolitischen Belange Moçambiques, soweit sie nicht von Portugal wahrgenommen werden, nur von dem FRELIMO-Hauptquartier in Dar-es-Salam betreut werden können.*“ Die in Dar residierenden Missionschefs von Kanada, den Niederlanden,

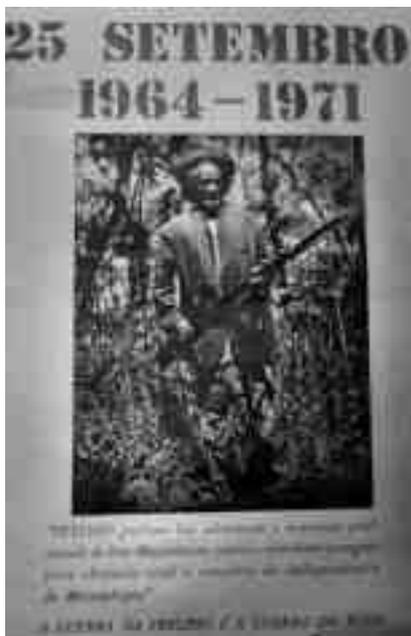
Formalismus am Ballhausplatz

Schweden und Finnland, aber auch von Brasilien hätten bereits alle mehr oder weniger offizielle Beziehungen zur FRELIMO angeknüpft, und in Lusaka wäre es ebenso. Ob also nicht auch Österreich Kontakte zu Machel aufnehmen sollte?

Um genau das zu verhindern, unterstützte Wien einerseits den portugiesischen Standpunkt, vorerst wäre noch Lissabon für die Außenpolitik Moçambiques zuständig, weshalb Machel höchstens als Parteiführer sprechen könnte. Andererseits konnte man die in unmittelbarer Zukunft bevorstehende Regierungsübernahme der FRELIMO nicht ignorieren. Legationsrat Franz Schmid, ein Mitarbeiter Tschöps, arbeitete also einen österreichischen Kompromiß aus: Die Information aus Portugal „bestätigt die Ansicht, daß FRELIMO-Präsident MACHEL derzeit nur im Namen der von ihm geleiteten Unabhängigkeitsbewegung, jedoch nicht für Mozambique sprechen kann. Die von der Botschaft aufgeworfene Frage einer allfälligen Hilfeleistung erscheint vor allem deswegen problematisch, weil es sich um eine Unabhängigkeitsbewegung handelt, deren Ziele noch keineswegs eindeutig klar sind [in Klartext: kommunistischer Einfluß! Anm. d. A.]. ... Es erscheint daher zweckmäßig, mit dem Präsidenten der FRELIMO vorerst nur einen informellen Kontakt aufzunehmen.“

Dem stimmten sowohl der Sektionsleiter (Ludwig Steiner) als auch der Generalsekretär des Außenministeriums (Heinrich Haymerle) zu, und Botschafter Reisch wurde am 4. Dezember 1974 mittels verschlüsselter Depesche angewiesen, „nach Möglichkeit mit FRELIMO-Präsident bzw. Vertretern informellen Kontakt aufnehmen. Von Unterstützungsleistungen irgendwelcher Natur wäre vorerst Abstand zu nehmen.“ Informell

und ohne Kosten – es gab eh genug Scherereien mit diesen neuen unabhängigen Staaten.



Der Befreiungskampf auf FRELIMO-Plakaten

Es mag verwundern, daß die einfache Frage, ob der österreichische Botschafter in Nairobi der zukünftigen staatlichen Führung von Moçambique auch „offiziell“ die Hand schütteln dürfen sollte oder nicht, einen solchen diplomatischen Eiertanz auslösen konnte. Die Gründe dafür liegen aber auf der Hand: Erstens die Verwurzelung des Ministeriums in kolonialer Afrikapolitik. Die hohe Bürokratie hatte ihre Karriere in einer Welt gemacht, in der primär Kolonialmächte wie Großbritannien, Frankreich, Belgien oder eben auch Portugal in Afrika das Sagen hatten; antikoniale Aktivitäten wie jene in Moçambique – ganz zu schweigen von Angola, das Diplomaten in ganz Westeuropa noch weitaus mehr Kopfzerbrechen bereitete – widersprachen diesem Weltbild zutiefst. Zweitens eine reflexartige Rücksichtnahme auf Portugal, nicht zuletzt verstärkt durch

die Bande zu den faschistischen Eliten der Iberischen Halbinsel, die unter Bundeskanzler Josef Klaus geknüpft worden waren. Noch nach 1974 vertraten Hardliner wie Tschöp allen Ernstes die Meinung, Portugal hätte sich „in der Vergangenheit für die lusitanische Welt sicherlich große Verdienste erworben“. Aber nicht nur für die Konservativen war Lissabon der Referenzpunkt. Auch die SPÖ hatte einen Ansprechpartner in Portugal, nämlich Mario Soares, den Vorsitzenden der (rechtsgerichteten) Sozialistischen Partei, welche von der Sozialistischen Internationale als Speerspitze gegen die radikaleren Strömungen der Nelkenrevolution aufgebaut wurde – und diese waren es, die für die Dekolonisierung von Portugiesisch-Afrika standen.

Drittens der krankhafte Antikommunismus, der für die Bewertung der Vorgänge sowohl in Portugal als auch in Moçambique maßgeblich war. Mit großer Aufmerksamkeit wurden am Ballhausplatz die engen Kontakte der FRELIMO zu Osteuropa und China verfolgt: Machel in Moskau, Machel in Ostberlin, Machel in Peking – diesbezügliche Berichte oder Zeitungsausschnitte wurden minutiös in den Akten abgelegt. Daß auch Skandinavien oder Niederlande die Befreiungsbewegung seit Jahren unterstützten, fiel demgegenüber kaum ins Gewicht.

Mit Aufmerksamkeit wurde ferner registriert, daß sich Splittergruppen von der FRELIMO trennten und als „alternative Befreiungsbewegungen“ aufzutreten versuchten. Sogar Botschafter Reisch hatte am 25. Juli 1974 über eine Gruppe namens MONIPAMO berichtet, die sich in Kenya etabliert hatte. „Sollte es tatsächlich

Lusitanismus und der Kalte Krieg

gelingen, die verwirrende Vielfalt der gegen den [!] FRELIMO eingestellten afrikanischen Fraktionen unter einen Hut zu bringen, so könnte diese neue Formierung tatsächlich eine echte politische Kraft darstellen.“ Heute wissen wir um den geheimdienstlichen Hintergrund dieser Gründungen, die letztendlich – wenn sie überhaupt vom Fleck kamen – ihre Heimat bei den Banditen der RENAMO fanden. Die verheerenden Folgen der von diesen betriebenen Destabilisierung Moçambiques sind bekannt.

Zur Jahreswende 1974/75 begann sich verstärkt auch die Frage materieller Unterstützung zu stellen. Das ab Anfang des 16. Jahrhunderts von Portugal besetzte Moçambique zählte zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit zu den ärmsten Staaten der Welt – der ehemaligen Kolonialmacht stellte dies kein gutes Zeugnis aus. Darüber hinaus mußten Flüchtlinge repatriert, neue staatliche und wirtschaftliche Strukturen aufgebaut werden. Am 2. Dezember übermittelte die österreichische Botschaft in Lissabon dem Ministerium den Appell einer „Casa de Moçambique“, in dem zur Linderung der Not der Bevölkerung durch Bereitstellung von Medikamenten, Schulmaterial (im besonderen Schiefertafeln und Kreiden) sowie von Kleidungsstücken ersucht wurde. Ursprünglich eine Organisation des kolonialen Establishments, stand die Organisation jetzt unter der Kontrolle von FRELIMO-nahen Studenten.

Auf Nachfrage des Außenministeriums erklärte sich das österreichische Rote Kreuz bereit, Moçambique zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit Hilfsgüter im Wert von 350.000 Schilling (etwas mehr als 25.000 Euro) zur Verfügung zu stellen. Eine Vergabe staatlicher Mittel war allerdings nicht

geplant. Ähnlich die Haltung im April 1975, als das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) die österreichische Regierung um Unterstützung eines Hilfsprogramms ersuchte. Der neue Abteilungsleiter II/4, Carl August Rauscher, lehnte eine solche dezidiert ab, weil „die für Sondermassnahmen der Bundesregierung zur Verfügung stehenden Mittel aus einer Reihe von Gründen (Budgetknappheit, Flüchtlingshilfe für Vietnam, Katastrophenhilfe in Österreich) bereits erschöpft sind.“ Noch im September 1975 meldete Rauscher Bedenken gegen die Bekanntmachung einer Stellenausschreibung der Vereinten Nationen für Moçambique und Angola an, nicht zuletzt, weil beide Länder „in vieler Hinsicht einen den volkdemokratischen Staaten ähnlichen Kurs“ eingeschlagen hatten. Erst ein Jahr später, als sich Peter Jankowitsch, der österreichische Vertreter bei den Vereinten Nationen, von New York aus einschaltete und auch die neuorganisierte Sektion Entwicklungszusammenarbeit Interesse zeigte, begann sich die Blockade zu lockern.

Doch zurück in den Frühling 1975. Langsam näherte sich der 25. Juni, der vereinbarte Unabhängigkeitstag, und so wurde die Frage relevant, ob bzw. wie Österreich bei den Feierlichkeiten vertreten sein und ob bzw. wie die diplomatische Anerkennung Moçambiques vorgenommen werden sollte. Schon im Mai hatte Botschafter Reisch vom Vorhaben der FRELIMO berichtet, alle Mitglieder der Vereinten Nationen zu den Feiern einzuladen, wobei europäische Staaten durch zweiköpfige, afrikanische durch größere Delegationen vertreten sein sollten. „Abgesehen von der Bedeutung dieser Feiern für Moçambique selbst, erwartet man sich von diesem Ereignis

und der internationalen Repräsentanz eine gewisse Ausstrahlung auf die im Gange befindlichen Verhandlungen bezüglich Rhodesiens und Namibias.“ Die meisten europäischen Staaten würden voraussichtlich einen „geographisch nahegelegenen Missionschef als Sonderbotschafter“ nomi-



FRELIMO mobilisiert die Massen

nieren, und in diesem Sinn gestattete sich Reisch die unverbindliche Frage, „ob allenfalls daran gedacht wird, den Gefertigten zu diesen Unabhängigkeitsfeiern zu delegieren.“

Die Vorsicht, mit welcher der Botschafter in Nairobi seine Vorschläge formulierte, war vielleicht übertrieben, aber nicht grundlos: Der Moçambique nächstgelegene österreichische Missionschef war nämlich jener in Pretoria. Zwar war Reisch dabei erfolgreich gewesen, die diplomatische Zuständigkeit über die befreiten Staaten im Südlichen Afrika von der österreichischen Botschaft in Südafrika auf diejenige in Kenya zu übertragen, die Entsendung des Kollegen aus Pretoria zur moçambikanischen Unabhängigkeit wäre aber wohl im Sinn einzelner Wiener Hardliner gewesen.

Allerdings hätte ein solcher Schritt international unliebsames Aufsehen erregt – zu groß war Mitte der 1970er



Wiederaufbau trotz Bürgerkrieg

Jahre bereits die außenpolitische Isolierung des Apartheid-Staats. Im Sanktionenkomitee des UN-Sicherheitsrats hatte Österreich mehrfach mit Kritik an den Rhodesien-Geschäften der Verstaatlichten zu kämpfen, und daß die Austria-Tabakwerke große Mengen Rohtabak aus Rhodesien über Portugiesisch-Ostafrika importiert hatten, war in New York ebenfalls nicht unbemerkt geblieben. Schon deshalb hätten weder Außenminister Erich Bielka noch der Bundeskanzler einem Affront gegen die unabhängigen Staaten Afrikas zugestimmt. Ganz im Gegenteil: Um das internationale Image Österreichs betreffend Apartheid aufzupolieren, war Bruno Kreisky gerade damals bemüht, die VÖEST von einer erheblichen Investition in Südafrika (Saldanha Bay) abzubringen.

Die Variante, den Botschafter in Pretoria mit der Vertretung Österreichs bei den Unabhängigkeitsfeiern zu beauftragen, wurde also nicht ernsthaft erwogen. Rauscher verfaßte am 26. März vielmehr einen Ministerratsvortrag, demzufolge Reisch als Sonderbotschafter zu den Unabhängigkeitsfeiern entsandt werden sollte. Dies entspräche der in analogen Fällen

(Kenya, Senegal, Elfenbeinküste, Zambia, Malawi) üblichen Vorgangsweise und ziehe u. a. in Betracht, „dass die neuen Staaten eine Absage als kränkend empfinden könnten, ferner dass durch den Sonderbotschafter Kontakte hergestellt werden können, die aus politischen und wirtschaftlichen Gründen erstrebenswert sind, aber angesichts der beschränkten Anzahl österreichischer Vertretungsbehörden sonst nur schwer zustande kämen.“

Freilich: Noch war keine Einladung eingetroffen – und aufdrängen wollte sich Wien der FRELIMO sicherlich nicht. Auf Weisung des Generalsekretariats wurde der Ministerratsvortrag also zurückgestellt und Botschafter Reisch zugleich beauftragt, sich nach dem Stand der Dinge zu erkundigen. Rauscher nutzte seine Chance schnell: „Nach Ansicht der Sektion II scheint es jedoch nicht nötig, eine derartige Einladung mit allen Mitteln zu provozieren“, formulierte er am 2. Juni.

„Sollte die Einladung nicht oder zu spät eintreffen, könnte statt der Entsendung eines Sonderbotschafters eine Glückwunschdepesche des Herrn Bundespräsidenten an das Staatsoberhaupt von Moçambique abgefertigt und damit die Anerkennung des neuen Staates vollzogen werden.“

Als Georg Reisch sich am 20. Juni erkundigte, ob er nun als Sonderbotschafter fungieren und dabei womöglich sogar eine Hilfslieferung übergeben oder ankündigen durfte, war die Entscheidung längst gefallen. Bundespräsident Kirchschräger schickte eine Grußadresse an Samora Machel, womit die Anerkennung des neuen Staates verbunden war, und

Moçambique wurde dem Amtsbereich der 1975 eröffneten Botschaft im zambischen Lusaka zugeordnet. Damit war die Causa aus der Sicht des Ballhausplatzes erledigt. Einen Tag nach der Unabhängigkeit, am 26. Juni, hielt Gesandter Rauscher in einem handschriftlichen Aktenvermerk mit kaum verhohlener Genugtuung fest: „Botschafter Dr. Reisch wurde nicht als Sonderbotschafter zu den Unabhängigkeitsfeiern entsandt, somit a.a. [ad acta].“

Was lernen wir daraus für die Haltung der heimischen Außenpolitik gegenüber dem Kampf der Völker im Südlichen Afrika für nationale Unabhängigkeit? Daß man sich mit politischen wie formaljuristischen Argumenten solange wie möglich dagegen sperrte. Weder wurden die Befreiungsbewegungen proaktiv unterstützt – wie die meisten skandinavischen Staaten dies praktizierten –, noch wurde ein pragmatischer Kurswechsel vollzogen, als die Entwicklung unausweichlich geworden war. Zumindest für Afrika muß weiters die oft kolportierte Behauptung von einer Einflußnahme

Desinteresse und Apartheid-Sympathie

Kreiskys ins außenpolitische Tagesgeschäft relativiert werden; hier waren eher die alten diplomatischen Eliten am Werk – und im Hintergrund die Manager der Verstaatlichten. Und deren Sympathie lag sicherlich nicht bei emanzipatorischen, aber wenig kaufkräftigen Staaten wie Tanzania, Zambia oder gar Moçambique, sondern eindeutig bei der rechtsextremen Regierung Rhodesiens und der völkerrechtswidrigen Besatzungsverwaltung Namibias. Und natürlich beim Paten dieses „weißen Blocks“ – dem Apartheidregime in Südafrika.

Pioniere der Solidarität

Einige wenige Österreicherinnen und Österreicher waren bestrebt, das unabhängige und revolutionäre Moçambique durch ihren persönlichen Einsatz zu unterstützen – lange bevor sich die offizielle Entwicklungszusammenarbeit für das südostafrikanische Land interessierte. Manche gingen auf eigene Faust dorthin, anderen gelang es, heimische Entwicklungsorganisationen dafür zu motivieren. INDABA hat sie gebeten, ihre Erinnerungen zu Papier zu bringen – Erfahrungen aus einer Epoche des Aufbruchs und des Engagements für eine bessere Zukunft.

Josef Pampalk

1963, am Sterbetag von Johannes XXIII., war ich mit dem Schiff „Patria“ in Moçambique, einem intakten Kolonialsystem, gelandet. Trotz vieler Vorurteile und Widerstände gelang es mir in wenigen Jahren, mit 30 Familien aus den Provinzen Manika, Sofala, Tete und Zambezia in der Nähe von Beira ein



In Maputo: Josef ...

bahnbrechendes Ausbildungszentrum für Gemeindeleiter aufzubauen. Nach Jahren wachsender Identifikation mit Sprachen und Rechten des Volkes beschlossen wir als Missionsgruppe der *White Fathers* 1971, gegen portugiesische Massaker zu protestieren und aus dem Missionsvertrag auszusteigen. Die Mission diente ja

als „software“ zur Legitimierung des Kolonialismus, dessen „hardware“ in der Unterstützung durch Apartheid-Südafrika bestand.

Portugal verwies uns des Landes. Wir berichteten den Medien Europas von der realen Lage im Land, hielten Pressekonferenzen u. a. in Madrid, Köln, Rom, London und Brüssel ab. Ich überreichte Paul VI. persönlich in einer Generalaudienz Fotos und Briefe von Gefolterten. Dann integrierte ich mich in Tanzania.

Nur vier Jahre später brach das Kolonialregime zusammen. Während der Übergangsregierung flog ich auf eigene Faust nach Moçambique – denn meine neue Ordensleitung hatte jede Schneid verloren. Aber nach der Unabhängigkeit verweigerte die Regierung Missionaren die Einreise. Trotzdem fuhr ich im Sommer 1975 los, nachdem ich mich zuvor mit der FRELIMO-Führung in Nairobi verständigt hatte. Die Polizei am Flughafen Beira wußte allerdings nichts davon, sie ließ mich nicht hinein. Ich weigerte mich umzukehren und schlief zwei Nächte im Transitsaal. Freunde brachten mir Essen und Decken, bis schließlich am dritten Tag die Kommunikation mit der FRELIMO-Zentrale funktionierte und

ich mit einem Passierschein einreiste. Für die einen war ich ein Verräter, der zu den Kommunisten übergelaufen war. Andere, Revolutionäre und Ideologen hier wie dort, trauten mir nicht wegen meiner Missionsvergangenheit.

Die Unabhängigkeit hatte zwar Land und Kirche auf den Kopf gestellt, aber alte Mentalitäten bestanden weiter, unter neuer Rhetorik verschlüsselt. Südafrika setzte die bewaffnete Widerstandsbewegung ein, mit wahnsinnigem Blutzoll.

Selbst nach dem Ende des Kalten Krieges 1989 (Friedensvertrag 1992, Apartheid-Ende 1994) war der Kampf um Ressourcen, Einfluß und Deutungshoheit nicht vorüber – immer auf dem Rücken der Ärmeren, die trotzdem ihre Waffe – den Humor – nicht wegwarfen. In einem Alptraum weckten sie mich – „Du bist zwar einer von uns, aber das Lachen ist dir vergangen“ – und machten mich von vielem frei.

Mary Pampalk

Ich war damals als Lehrerin in einer Mittelschule Tanzanias tätig und habe die Kolonialperiode Moçambiques mitverfolgt. Unsere Kongregation (*Maryknoll Sisters*) protestierte 1971 in einem Brief an den Vatikan gegen

das Konkordat mit Portugal und gegen die Verbrechen der Portugiesen in Moçambique.

Im folgenden Jahr entschieden wir



... und Mary Pampalk

uns (meine Kollegin Patricia und ich), in *Ujamaa*-Dörfern zu arbeiten und die Politik Nyereres zu unterstützen. Dort lernten wir den aus Moçambique vertriebenen Josef kennen, der schon länger in den Dörfern gearbeitet hatte. Er half uns Kontakte aufzubauen und die Arbeit zu planen. Wir hatten eine gute Beziehung zu den Dorfbewohnern und halfen überall, bei Alphabetisierung, Weiterbildung der Frauen und auf den gemeinsamen Feldern.

1974 kam der Coup in Portugal und damit die Hoffnung auf eine baldige Unabhängigkeit für Moçambique. Josef war fest entschlossen zurückzukehren und verabschiedete sich von uns. Wir und die Dorfbewohner waren damit nicht so glücklich, aber wir unterstützten ihn aus Solidarität mit den Moçambikanern und setzten unsere Tätigkeit fort.

Zwei Jahre nach seinem Abschied kam Josef auf Besuch nach Tanzania, und wir beide sprachen über unsere gemeinsame Zukunft. Ich besuchte Moçambique, um eine konkrete Vorstellung davon zu bekommen, ob und wie ich dort arbeiten wollte. Ich entschied mich dafür.

Erziehung war Moçambiques Priorität. Die kolonialen Beamten in Bildung und Gesundheit hatten fluchtartig das Land verlassen. So kam es, daß Josef und Mary, 1977 frisch vermählt, in Schulen und im Bildungsministerium Maputos zu arbeiten begannen.

Die Stimmung im Land war enthusiastisch, hoffnungsvoll und aufbauwillig. Es gab viele Projekte in Kultur, Erziehung, Gesundheit und Landwirtschaft, wie die Frauengenossenschaft im Grüngürtel (Nukleus des für Grundbucheintragungen so wichtigen Dachverbandes der Bauern, UNAC).

Maputo war politisch in Stadtviertel und in Zellen organisiert, an deren Sitzungen wir teilnahmen. Mich überraschte die gute Beziehung der Moçambikaner zu jenen Portugiesen, die geblieben waren. Ich hatte gedacht, daß nach so vielen Jahren Kolonialunterdrückung Ablehnung oder sogar Haß gegen Portugiesen entstanden wäre. Aber das Volk wußte zu unterscheiden zwischen den Portugiesen, die Sabotage und Flucht im Sinn



Margit Niederhuber im Kreis von Freunden in Maputo

hatten, und denen, die bleiben und mithelfen wollten, das neue Land zu entwickeln, so wie die vielen ‚Cooperantes‘ aus Kuba, Brasilien, UK und sogar den USA.

Als wir einmal mit unserm kleinen Sohn Elias in der Stadt unterwegs

waren, nahm ihn ein alter Mann in die Arme und sagte: *„Ihr Alten habt noch allerhand zu leiden, aber diese ‚Continuadores‘ werden durch unsere Arbeit ein schöneres Leben haben“*. Wir haben das auch gehofft, aber in den folgenden Jahren kam es schlimmer, ein neuer Kriegszustand, sodaß wir mit unseren drei Kindern 1985 das Land verlassen mußten.

Margit Niederhuber

Meine Annäherung an Maputo erfolgte abseits von offizieller Politik. Für meine Dissertation in Romanischer Philologie lag es nahe, ein Thema zu wählen, das mit den jungen unabhängigen Staaten in Afrika zu tun hatte. Nicht Hilfe oder Unterstützung standen bei dieser Wahl im Vordergrund, sondern Solidarität mit Genoss/inn/en und der Wunsch, Utopien zu leben.

Ich arbeitete viel mit Befreiungsbewegungen, mit der brasilianischen KP, dem ANC u.a. Sie ermöglichten mir, Maputo kennenzulernen. Auf dem Weg dorthin machte ich eine

Zwischenstation in Dar-es-Salaam beim ANC und reiste mit Joe Qabi weiter. Am Flughafen in Maputo erwartete mich mein „Verlobter“, ein japanischer Brasilianer, der mit der FRE-LIMO gekämpft hatte. Er brachte mich in die Wohnung von brasilianischen Architekten, die ich aus dem Büro von Oscar Niemeyer

aus Algier kannte, und ich sah ihn nie wieder. Diese „Verlobung“ war für mich die einfachste Möglichkeit, ein Visum zu erlangen. Ungewöhnliche Visumzugänge blieben mir aber erhalten: ein anderes Mal reiste ich als eine der Tänzerinnen von Eric Clapton

ein, weil meine Freunde den Visumsantrag vergessen hatten.

Meine Wohnung in Maputo lag in der Avenida Julius Nyerere, nicht weit weg vom ANC-Büro sowie von der Wohnung von Albie Sachs und Indres Naidoo. Irgendwer borgte mir ein Fahrrad, und so konnte ich relativ leicht die Stadt erkunden. Meine Arbeit



Margit Niederhuber neben Frauenministerin Salome Moiane und dem späteren Staatspräsidenten Joaquim Chissano (am Mikrophon)

fand im Hafen statt. Jeden Tag fuhr ich in den Alphabetisierungskurs der nationalen Fischereiindustrie, beobachtete den Kurs und machte Interviews. Die angewendete Methode war eng mit der Pädagogik der Unterdrückten von Paulo Freire verbunden.

Aufbruch, Solidarität, Befreiung war an allen Ecken und Enden zu spüren. Es war ein großes Privileg, zu diesem Zeitpunkt Maputo zu erleben. Das Land war befreit worden, die Intellektuellen träumten von schnellen Veränderungen. Wir nahmen an großen Aufmärschen, öffentlichen Dichterlesungen und freiwilliger Arbeit auf Feldern und in Kindergärten teil. Wir diskutierten nächtelang im *Pekim*, einem der wenigen offenen Lokale. Mia Couto, Calane de Silva, Kok Nam waren anwesend. Im damals weit entfernten Stadtteil Triunfo wohnte und diskutierte der ANC. Jacob Zuma

war dort, Albie Sachs, Ruth First und Joe Slovo. Wir waren Genoss/inn/en, träumten von einer besseren Welt und waren sicher, daß uns die auch gelingen würde.

Ein paar Jahre später kam ich wieder mit dem *Vienna Art Orchestra*. Albie und ich wollten in Zeiten des Krieges ein Zeichen setzen, es war für alle ein unvergeßliches Ereignis. Der Krieg wütete, die Aufbruchstimmung war verfliegen. Die Menschen kämpften ums Überleben. Die Utopien verschwanden. Erst nach Beendigung des Krieges wurde wieder an der Zukunft gearbeitet, aber unter neuen Bedingungen – getragen von IWF-Auflagen und neoliberalen Strömungen. Moçambique war in der Realität angekommen.

Trotzdem bin ich heute noch immer froh, diesen Traum geträumt zu haben. Wir mußten aber die harte Wirklichkeit erkennen lernen. Einer der Slogans der FRELIMO in diesen Jahren war „*A luta continua*“ (Der Kampf geht weiter), und das stimmt heute noch.

Gerhard Burda

Ich hatte bereits meinen etwa 2 Jahre dauernden Vorbereitungskurse für einen „Entwicklungshilfeeinsatz“ beim *Institut für Internationale Zusammenarbeit (IIZ)* hinter mir, als Josef Pampalk von der Aufbauarbeit der FRELIMO in Moçambique berichtete. Moçambique war einer der Frontstaaten, die an den Apartheidstaat Südafrika und an Zimbabwe grenzten. Die Befreiungsbewegungen in Rhodesien hatten soeben erst das weiße rassistische Siedlerregime des Ian Smith niedergekämpft und begannen, den unabhängigen Staat Zimbabwe aufzubauen.

In Moçambique könne man direkt mit und im Auftrag der revolutionären Regierung am Aufbau eines sozialen Gemeinwesens mitarbeiten. Keine karitative Arbeit bei einer Missionsstation oder einer kleinen lokalen NGO sollte es sein. Es fehlte an allen Ecken und Enden. Die portugiesische Kolonialmacht war nach einem langjährigen Befreiungskampf durch die „Nelkenrevolution“ zusammengebrochen. Sie hinterließ in einem der ärmsten Länder der Welt ca. 95% Analphabeten unter der lokalen Bevölkerung. Da wollte ich mitarbeiten. Nicht als „Entwicklungshelfer“, sondern als Kooperant.

Allerdings gab es 1979/80 in Österreich kaum Kontakt nach Moçambique. Das offizielle Österreich wollte mit diesen Revoluzzern in Afrika nichts zu tun haben. Ganz im Gegensatz zu anderen Staaten wie Schweden, Norwegen, den Niederlanden und freilich auch den Staaten des „Ostblocks“. Diese Staaten hatten bereits während des Befreiungskampfes die FRELIMO direkt oder über Solidaritätsgruppen unterstützt. Auch von Großbritannien und Kanada kam wichtige Hilfe durch die Anti-Apartheid-Bewegungen und die Moçambique-Solidaritätsgruppen.

Pampalk mußte seine persönlichen Kontakte in das moçambikanische Unterrichtsministerium nützen, um mein Angebot zur Mitarbeit vorzulegen. Sah man in Österreich einen Kontakt mit Moçambique nicht gern (das IIZ leistete da Pionierarbeit), so waren auch die moçambikanischen Behörden zurückhaltend. Es dauerte mehr als ein halbes Jahr, bis ein Telegramm mit der lakonischen Mitteilung „Pode vir“ (Er kann kommen) da war. Keine Projektbeschreibung, keine *job description*, noch weniger ein Arbeitsvertrag.

Dennoch schickte mich das IIZ nach Lissabon, wo ich in einem mehrwöchigen Portugiesischkurs meine

minimalen Sprachkenntnisse erweiterte. Vom IIZ war ich mit einem Fahrrad, einem Fotoapparat und einigen



NGO-Solidarität auch in Österreich

Fachbüchern ausgestattet worden. Bei Freytag&Berndt besorgte ich mir in Wien eine Landkarte von Moçambique und den CIA-Länderbericht (!).

Im Mai 1981 trat ich meinen Einsatz im Unterrichtsministerium Moçambiques an, wo ich dem Dienst für die Produktion und Verteilung von Schulmaterialien zugeteilt wurde. Der Abteilungsleiter – mein Chef – war ein vielleicht 22-jähriger „Weißer“, der nur halbtags im Ministerium arbeitete, weil er an der Universität Eduardo Mondlane in Maputo noch Student war.

Ich wußte zwar allgemein, daß die FRELIMO-Regierung größte Schwierigkeiten hatte, ihre Institutionen im ganzen Land einzurichten. Das Land ist ca. 10 mal so groß wie Österreich und war damals mit nur einer Nord-Süd-Sandstraße von etwa 2.500 km sowie mit drei Ost-West-Eisenbahnlinien in die Nachbarländer ausgestattet. Der von Rhodesien und Südafrika ins Land getragene Destabilisierungskrieg

hatte bereits begonnen. Rhodesien hatte angebliche Rückzugsgebiete der zimbabwischen Befreiungskämpfer in Moçambique bombardiert und Sabotageakte im Hafen von Beira ausgeführt. Über Art und Umfang dieser Probleme wurde offiziell kaum berichtet. Die Sprachregelung der moçambikanischen Regierung war bloß „Zwischenfälle mit der Sicherheit“.

Mein Chef durfte mich wohl auch nicht über die Militärlage informieren, so löste er das Problem, indem er mich zur Verbesserung meiner Sprach- und Landeskunde sofort auf eine dreiwöchige Dienstreise in die Provinzen des Zentrums und des Nordens schickte. Hier sollte ich Lagerhäuser und Transportmöglichkeiten für Schulbücher, die in Maputo erzeugt wurden, untersuchen und so ganz nebenbei einiges über die Sicherheitslage des Landes erfahren. Tatsächlich sah ich dann zerstörte Schulen und Gesundheitseinrichtungen. Man konnte nur bei Tageslicht und in Militärkonvois fahren, und in so mancher Straße hatten die Contras Landminen gelegt.

Unter diesen Bedingungen war an einen einfachen Transport der Schulbücher etc. in die Provinzen – sowieso nur außerhalb der Regenzeit – kaum mehr zu denken. Der Großteil des Materials mußte mit Küstenschiffen, mit Militärkonvois, ja sogar per Flugzeug ausgeliefert werden.

Ich mußte auch meine Vorstellungen von „Schule“ anpassen: oft fand der Unterricht im Schatten eines großen Baumes statt. Meistens saßen die mehr als hundert Schülerinnen und Schüler auf Bänken, die aus quer gelegten Baumstämmen bestanden. Die Kinder schrieben auf den Knien. Die Lehrer/innen hatten oft nur ein großes Brett als Tafel, oder es war auf der alten Tafel kaum mehr Schultafellack vorhanden. Das war dann der Anlaß, in

Österreich das Projekt „Neuer Lack für Mozambiques Schultafeln“ einzuleiten. So wurden neben 200 Fahrrädern auch kleine Kisten nach Moçambique geschickt, in denen jeweils das Material drinnen war, um die Tafeln für eine Schule neu herzurichten.

In den Provinzhaupt- und Bezirksstädten gab es Schulgebäude, in denen die Ausstattung (Schultafeln, Bänke etc.) meist ebenfalls uralt und rudimentär war. Dafür gab es aber „Hochbetrieb“ – Schulklassen mit 80-100 Kindern waren keine Seltenheit. Unterrichtet wurde in drei Schichten: am Vormittag, am Nachmittag und am Abend – bis 21 Uhr – kamen die Erwachsenen zur Alphabetisierung. Nicht selten hatten die Lehrer und Lehrerinnen nur zwei oder drei Schulklassen mehr als ihre Schüler und Schülerinnen absolviert.

Ich arbeitete von 1981 bis 1985 in Maputo, erst im Unterrichts-, dann Landwirtschaftsministerium.

Kurt Leitner

Über einen persönlichen Kontakt erhielt ich 1981 von SERLI (*Secretariado de Estado para o Programa do Desenvolvimento Acelerado da Regiao do Limpopo e Incomati*) eine Einladung, für die Dauer von zwei Jahren an der Planung regionaler Entwicklungsprojekte mitzuwirken. Nach meiner zehnjährigen Berufstätigkeit als Architekt/Raumplaner in Österreich, Schweden, England und der Schweiz und einer siebenjährigen Arbeit als Assistent an der TU Wien war ich offen für eine neue Herausforderung. IIZ-Informationsveranstaltungen, Vorträge und Gespräche mit Sepp und Mary Pampalk überzeugten mich, in Moçambique arbeiten zu wollen. Im Rahmen des SERLI-Entwicklungsprogramms war geplant, innerhalb von zehn Jahren 250.000 Hektar Bewässerungsanla-

gen für die industrielle Produktion von Lebensmitteln zu errichten. In den Unterlagen fehlten mir vor allem Angaben zur logistischen und finanziellen Planung. Aber auch die inhaltliche Konzeption fand ich nicht sehr überzeugend. Mein Abteilungsleiter schätzte meine Offenheit, wies aber darauf hin, daß das SERLI-Programm ein zentrales Regierungsprogramm war und die vorliegenden Projektplanungen Geschenke von befreundeten Ländern (Brasilien, Bulgarien, DDR, Sowjetunion) an die moçambikanische Regierung waren. Ich konnte verstehen, daß meine Projektkritik nicht öffentlich werden sollte.

Mich beschäftigte nun die Frage, wie alternative Projekte vorbereitet werden konnten. Im Rahmen einer Informationsreise in der Region Limpopo/Incomati wurde u. a. auch die Flußschleife *Bolsa de Chilembene* besichtigt. Durch einen fast fertiggestellten Staudamm war anzunehmen, daß für das ca 3.000 ha große, besonders fruchtbare Areal künftig keine Überschwemmungsgefahr bestünde. Die Besichtigung motivierte mich, über ein alternatives Community-Entwicklungsprojekt nachzudenken. Mir war durchaus bewußt, daß ein solches Projekt eine solide theoretische Basis brauchte, die in der gesellschaftspolitischen Diskussion überzeugend vermittelt wurde. Da ich die Aktivitäten des *Zentrums für Afrikanische Studien*, das von Ruth First an der Eduardo Mondlane-Universität in Maputo geleitet wurde, besonders schätzte, sprach ich mit Ruth First über die Projektidee und fragte sie, ob sie bereit wäre, dieses Projekt wissenschaftlich zu begleiten. Ich erhielt von ihr eine spontane Zusage und den Hinweis, daß sie auch die Mitarbeiter/innen ihres Institutes animieren würde, an dem Projekt mitzuwirken. Eine große Tragödie folgte: Drei Wochen nach

diesem Gespräch, am 17. August 1982, wurde Ruth First mit einer Briefbombe des damaligen südafrikanischen Geheimdienstes ermordet. Ich bemühte mich, dieses Projekt weiterzuführen, fand aber keine prominente Person, die in der Lage war, es wissenschaftlich zu begleiten.

Fünf Monate nach Beginn meiner Tätigkeit bei SERLI erfolgten große organisatorische Veränderungen, mein Arbeitsplatz war nun am *Instituto Nacional de Planeamento Fisico (INPF)*. Das oben erwähnte Bewässerungsprogramm wurde nicht mehr weiter verfolgt. Ich wurde eingeladen, am fast fertiggestellten Flächenwidmungsplan für Maputo mitzuarbeiten, und übernahm diese Aufgabe mit großer Neugierde und großem Interesse.

Maputo hatte 1982 etwa eine Million Einwohner. Aus den beobachtbaren Trends war zu schließen, daß innerhalb der nächsten zehn Jahre durch Zuwanderung und Geburten mit einer Verdoppelung der Einwohnerzahl zu rechnen war. Der Flächenwidmungsplan beschäftigte sich mit der Unterbringung der zusätzlich erwarteten Million Einwohner innerhalb der Stadtgrenzen und der zusätzlichen Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Brücken). Dies entsprach durchaus auch den Erwartungen der Stadtverwaltung. Ich sah meine Aufgabe vor allem darin, zu einigen Punkten kritische Stellung zu nehmen und bessere Lösungsansätze zur Diskussion zu stellen. Dazu gehörte ein besseres Verständnis der Ursachen der dynamischen Urbanisierung von Maputo, die Erarbeitung einer Entwicklungspolitik für die Stadtregion, in der Wirtschaft, Soziales und Kultur inte-

griert waren (Politikvorbereitung), die Planung der räumlichen Entwicklung nicht nur innerhalb der Stadtgrenzen, sondern für die ganze Stadtregion (Ausbau der Siedlungsstruktur entlang der bestehenden Eisenbahnlinien), womit eine partielle Eigenversorgung und die Schaffung von Arbeitsplätzen (Handwerk und Gewerbe, Gartenbau u.a.) verbunden sein sollten.

Die zweijährige Berufstätigkeit in Maputo fand ich etwas zu kurz. Ich wollte meine Arbeit in Maputo gerne fortsetzen und teilte dies nach meiner Rückkehr einem Ministerialrat im Bundeskanzleramt in Wien mit. Er war



Alphabetisierung im Hafen

jedoch überzeugt, daß die Probleme, die mit der rapiden Urbanisierung in den Metropolen der Dritten Welt entstünden, grundsätzlich unlösbar wären. Jede Minute, in der man sich damit auseinandersetzte, wäre somit vertane Zeit. Ich antwortete, daß wir dann zeitverzögert zunehmende Migrationsprobleme in Europa haben und diese dann noch viel schwieriger zu lösen sein würden.

Rückblickend bedauere ich, daß ich meine Arbeit in Maputo nicht fortsetzen konnte.

Die historischen Plakate stellte das SADOCC-Bildarchiv zur Verfügung, für die Fotos danken wir Margit Niederhuber.

...spektrum...

Arbeitnehmerrechte. Den jährlichen Bericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes über Verletzungen der Menschen- und Gewerkschaftsrechte weltweit präsentierte der stv. Generalsekretär der Organisation, der aus Zimbabwe stammende Gewerkschafter Wellington Chibebe, am 10. Juni am Rande der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf. Der Bericht – neu benannt als *Globaler Rechtsindex: Die schlimmsten Orte der Welt für erwerbstätige Menschen* – bezieht sich auf 2014 (online abrufbar unter http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/survey_global_rights_index_2015_de.pdf).

Die aus gewerkschaftlicher Sicht problematischsten Regionen sind demnach der Nahe Osten (leider fehlt ein Abschnitt über Israel/Palästina, wozu jedoch ein ausführlicher Bericht der ILO vorliegt) und Nordafrika. In letzterem hat v. a. das 2013 durch den Militärputsch etablierte autokratische Regime in Ägypten scharfe



Wellington Chibebe

Maßnahmen gegen die Proteste der Arbeiterschaft ergriffen. Europa stehe bezüglich der Gewährleistung von Arbeitnehmerrechten zwar am

besten da, so der Bericht, sei gleichzeitig aber auch die Region mit den deutlichsten Verschlechterungen während des Berichtsjahrs. Vor allem wird dabei auf Griechenland, Portugal und Spanien verwiesen, wo es unter dem Vorwand von Sparmaßnahmen zu einer deutlichen Aushöhlung von Sozialem Dialog und Mitbestimmung am Arbeitsplatz gekommen sei; nicht zuletzt sei von der Regierung in Madrid das seit Jahrzehnten nicht mehr angewendete Strafrecht der faschistischen Franco-Diktatur gegen Streikende eingesetzt worden.

Im Südlichen Afrika scheint neuerlich Swaziland als Problemfall auf. Als „eines der [für Gewerkschafter/innen] zehn schlimmsten Länder der Welt“ setzte das absolutistisch regierte Königtum die Repression gegen Menschen- und Arbeitnehmerrechtsaktivist/inn/en fort (INDABA 83/14). Abgesehen von Morddrohungen aus dem Munde des Premierministers im Parlament gegen zwei führende Vertreter kommt es immer wieder zu Verhaftungen und Schikanen. Der Menschenrechtsanwalt Thulani Maseko und der regierungskritische Journalist Bheki Makhubu z. B., die kritische Artikel über die fehlende Unabhängigkeit der Justiz veröffentlicht hatten, befinden sich seit März 2014 in Haft, obwohl laut Gesetzeslage für das ihnen zur Last gelegte Delikt „Mißachtung des Gerichts“ nur 30 Tage Haft vorgesehen wären. Mehrere Protestaktionen der Gewerkschaften wurden verboten bzw. von der Polizei aufgelöst. Besonders delikant: Am 24. November schritt die Polizei gegen 250 Bergarbeiter ein, die ihre Arbeit friedlich niedergelegt hatten, weil ihnen die Firmenleitung einen Mietzuschuß in Höhe von 72 US-Dollar verweigert hatte. Die *Maloma Mine* gehört zu 25% dem König von Swaziland, zu 75% aber

der Investmentfirma des *African National Congress*, der südafrikanischen Regierungspartei!

Der IGB-Bericht kritisiert wie in vergangenen Jahren auch Zimbabwe, wo sich die Repression der ZANU PF-Regierung weiterhin gegen die oppositionsnahen Gewerkschaften richtet, sowie Zambia, wo es v. a. in Betrieben multinationaler Konzerne immer wieder zur Verletzungen des Arbeitsrechts bzw. der internationalen Arbeitsnormen kommt.

Zwei Länder der Region werden jedoch positiv hervorgehoben: Moçambique, dessen Parlament 2014 erstmals das Recht von Beamt/inn/en, der Gewerkschaft beizutreten, anerkannt hat, und Lesotho, wo sich die Arbeitsbedingungen in den Textilfirmen seit der Einführung des *Better Work-Programms* der ILO im Jahr 2010 stetig verbesserten.

Fremdenfeindlichkeit in Südafrika. Der nigerianische Senat – die zweite Kammer des Parlaments – überlegt eine Anzeige gegen den südafrikanischen Zulukönig Goodwill Zwelithini beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag wegen dessen Verhetzungsrede gegen Ausländer am 20. April.

Vor einer Massenversammlung im Stadion von Durban hatte der einflußreiche Monarch Immigrant/inn/en als „Läuse“ bezeichnet und sie aufgefordert, Südafrika zu verlassen. Ausgehend von Townships rund um Durban waren im Anschluß die seit Jahren schwelenden xenophobischen Konflikte eskaliert, allein in der Provinz KwaZulu/Natal wurden acht Menschen getötet und mehr als tausend aus ihren Wohnungen und Geschäften vertrieben.

Während Pressesprecher erklärten, die Äußerungen des Königs seien von

den Medien aus dem Zusammenhang gerissen worden, weisen Beobachter darauf hin, daß Zwelithini, der durch seinen exzessiven Lebensstil bekannt ist und von der südafrikanischen Menschenrechtskommission u. a. wegen homophober Äußerungen kritisiert wurde, bereits mehrmals ausländerfeindliche Stellungnahmen getätigt hat. Besonders sein Hinweis, Einwanderer würden Einheimische vom Arbeitsmarkt verdrängen, fällt – wie bei allen Populisten – angesichts



Der Zulukönig kurz vor seiner ausländerfeindlichen Rede

der hohen Arbeitslosigkeit auf fruchtbaren Boden.

Leider hat sich auch Staatspräsident Jacob Zuma, der unter der zulusprachigen Bevölkerung über eine starke Anhängerschaft verfügt, von den Äußerungen des Königs nur halbherzig distanziert.

Die neuerliche Welle der ausländerfeindlichen Gewalt in Südafrika wurde in ganz Afrika scharf kritisiert, wobei z.B. in Moçambique auf die Unterstützung hingewiesen wurde, die man dem exilierten *African National Congress* (ANC) während des Exils gewährt hat (ein Moçambikaner im Township Alexandra, in dem tausende Zulu-Wandearbeiter wohnen, befanden sich unter

den ersten Toten). In Südafrika selbst kam es zu zahlreichen Solidaritätsaktionen mit verfolgten Ausländer/innen, die u. a. von engagierten NGOs und Kirchen organisiert wurden; auch in den Medien wurde die defensive Haltung der Regierung kritisiert.

Eine beachtete Äußerung von politischer Seite kam von Jeremy Cronin, der als stellvertretender Generalsekretär der *South African Communist Party* (SACP) und derzeit stv. Minister für öffentliche Beschäftigung bereits mehrfach mit kritischen Stellungnahmen aufgefallen ist. Die Xenophobie in Südafrika sei kein neues Phänomen, so Cronin, und sei ein Nachwirken der Vergangenheit. „Wir haben es mit den Geistern einer Vergangenheit zu tun, die nie wirklich transformiert worden ist.“

„Unsere Leute sind wütend und frustriert, daß sich in 21 Jahren Demokratie nicht viel verändert hat – und zu Recht. Außerdem sehen wir dieselbe strukturelle Gewalt wie in der Apartheid-Ära auch im demokratischen Südafrika. Man sieht es an der täglichen Gewalt, an der Aggressivität im Straßenverkehr, den Taxi-Kriegen und der geschlechterspezifischen Gewalt.“

1994 hätten alle Südafrikaner/innen gleiche demokratische Rechte erhalten, so Cronin, substantiell hätte sich aber nicht viel geändert. Frustriert und verärgert über das langsame Tempo der Veränderung „prügeln sich die Armen mit anderen Armen um Brotkrümel“, und das ufer in Angriffe auf ausländische Staatsangehörige aus. Wie andere Kommentatoren verortet auch Cronin die xenophobische Gewalt in Gemeinden mit knappen Ressourcen.

In einer stärkeren sozialen Ausrichtung der Politik sieht Cronin auch eine mögliche Lösung. „Es kann keinen großen Sprung in eine romantische

Ära des Sozialismus geben, aber wir können verstärkt auf soziale Elemente setzen. Wir müssen Südafrika re-industrialisieren, eine solidarische Ökonomie aufbauen und einen Entwicklungsstaat, der demokratisch ist. Wir müssen eng mit sozialen Bewegungen zusammenarbeiten. Wir müssen unsere natürlichen Begabungen zu unserem Vorteil einsetzen und südafrikanische Jobs schaffen, keine chinesischen [!].“

(Süd-) Afrika gegen Internationalen Strafgerichtshof. Aufsehen erregte die Meldung, der südafrikanische *High Court* in Pretoria hätte am 14. Juni (Sonntag) ein Ausreiseverbot über den sudanesischen Präsidenten Omar al-Bashir verhängt, der am gleichzeitigen Gipfeltreffen der Staatschefs der Afrikanischen Union teilnahm.

Richter Hans Fabricius, der aufgrund der Anzeige einer südafrikanischen Nichtregierungsorganisation tätig wurde, bezog sich in seinem Urteil auf Haftbefehle des *Internationalen Strafgerichtshofs* (ICC) von 2009 und 2010, in denen al-Bashir des Völkermords in der aufständischen sudanesischen Provinz Darfur bezichtigt wird. Am Montag den 15. Juni sollte in einer weiteren Verhandlung über die allfällige Festnahme des Präsidenten und seine Auslieferung an Den Haag entschieden werden.

Wie ein Regierungssprecher des Sudans allerdings bekannt gab, hatte al-Bashir Südafrika bereits vorher verlassen – Berichten lokaler Medien zufolge von der Militärbasis *Waterkloof* bei Pretoria, also nicht über einen zivilen Flughafen.

Die Affäre ist für Südafrikas Außenpolitik sehr ambivalent. Auf der einen Seite ist Südafrika Signatarstaat des ICC und somit verpflichtet, Haftbefehle dieses internationalen Gerichts zu vollziehen. Auf der anderen Seite

wurde al-Bashir wie alle anderen afrikanischen Staatschefs – außer der König von Marokko, das wegen der Westsahara-Frage aus der *African Union* (AU) bzw. ihrer Vorgängerorganisation OAU ausgetreten ist – von der AU eingeladen und genoß auch aus diesem Grund diplomatische Immunität.

Abgesehen von dieser juristischen Frage hat sich die Haltung der meisten afrikanischen Staaten wie auch diejenige Südafrikas gegenüber dem ICC in den letzten Jahren verändert. 2012 als einziger internationaler Gerichtshof für Kriegsverbrechen gegründet, hat das in Europa situierte Gremium bisher neun Verfahren in acht Ländern eröffnet, davon alle in Afrika.

Nicht nur Rwandas Präsident Paul Kagame beschuldigt den ICC daher einer „selektiven Justiz“. *„In dieser Welt gibt es zwei Kategorien. Manche Leute haben die Macht, internationale Rechtsprechung oder das Völkerrecht zu nutzen, um andere zu verurteilen, für sie selber gilt es aber nicht.“*

In Südafrika hat sich der regierende ANC klar dieser Position angeschlossen und die Aktion des High Court in Pretoria scharf kritisiert. Man darf gespannt sein, ob sich afrikanische Staaten nun zum Austritt aus dem Internationalen Strafgerichtshof entschließen (wofür der ugandische Präsident Yoweri Museveni bereits früher eintrat) oder ob es weiter bei der unbefriedigenden Situation bleiben wird, daß Staaten wie Südafrika in früheren Jahren internationale Verpflichtungen übernommen haben, politisch aber heute nicht mehr zu diesen stehen.

Teilweise überschattet von dieser Diskussion wurde das eigentliche Thema des Gipfels, nämlich ein wichtiger Schritt zur wirtschaftlichen Integration des Kontinents. Von den Staatschefs

wurde eine auf zehn Jahre angelegte Umsetzungsphase des geplanten *Continental Free Trade Area (CFTA)* gestartet. Dieses sieht einen freien Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr in ganz Afrika vor und soll bereits 2017 in Kraft treten. Das nun beschlossene Begleitprogramm betrifft die Errichtung einer Hochgeschwindigkeitsstrecke sowie die Gründung eines *African Center for Disease Control* und einer *Pan-African University*. Weiters sollen regionale Investitionen in Wertschöpfungsketten getätigt und „Made in Africa“-Produkte gefördert werden.

Schon einige Tage zuvor war ein Freihandelsabkommen unterschrieben worden, das mehr als 650 Millionen Menschen in 26 afrikanischen Ländern betrifft, die zusammen etwa 60 % des kontinentalen Bruttosozialprodukts erzeugen. Das Abkommen tritt allerdings erst nach der Ratifizierung durch die nationalen Parlamente in Kraft.

Ende der eigenen Währung.

Die Regierung von Zimbabwe zieht die wertlos gewordene einheimische Währung aus dem Verkehr. Der Zim-Dollar werde aus dem Umlauf genommen, sagte Zentralbankchef John Mangudya am 11. Juni auf einer Pressekonferenz. Das Land habe bereits im Jahr 2009 ein System mit mehreren Währungen eingeführt.

Zimbabwe hatte 2009, auf dem Höhepunkt der Hyperinflation, bei der einheimischen Währung zwölf Nullen gestrichen – die höchste Banknote hatte damals einen Nennwert von 100 Milliarden Dollar. Zugleich führte das Land weitere Währungen als Zahlungsmittel ein, darunter den US-Dollar und den südafrikanischen Rand.

Die komplette Abschaffung des Zimbabwe-Dollars soll laut Mangudya im September abgeschlossen sein. Für

den Prozeß stünden 20 Mio. US-Dollar (17,7 Mio. Euro) zur Verfügung. Damit sollten Bankkonten, die noch in Zimbabwe-Dollar geführt werden, und verbliebene Bargeldreserven der Bevölkerung abgelöst werden.



Zim-Dollar: Nun endgültig abgeschafft

Ob die Maßnahme an den realen Problemen des Landes viel ändern wird, bleibt abzuwarten. Der Internationale Währungsfonds rechnet jedenfalls mit einer weiteren Abschwächung der Konjunktur in Zimbabwe im laufenden Jahr.

Tiefseehafen in Cabinda. Die erste Bauphase des neuen angolanischen Tiefseehafens hat begonnen – die Anlage wird in der Provinz Cabinda errichtet, einer Exklave nördlich der angolanisch-kongolesischen Grenze. Dies teilte die Firma *Porto de Caio* jetzt schriftlich in Luanda mit, die im August 2012 mit der Finanzierung, dem Entwurf, dem Bau und dem Betrieb des geplanten Hafens beauftragt wurde. Die jetzt beginnenden Bohrungen auf dem Meeresboden sollen acht bis zehn Wochen dauern. Der erste Anlegeplatz soll im dritten Quartal 2017 fertiggestellt sein. Der Finanzaufwand der ersten Bauphase wird mit 600 Millionen US-Dollar beziffert.

Mit dem neuen Hafen soll die erdölreiche Provinz, die allerdings immer noch mit separatistischen Überfällen zu kämpfen hat, wirtschaftlich stärker in den angolanischen Export integriert werden.

Ausbaufähige Beziehungen

Österreichs zweiter Nationalratspräsident in Südafrika

Ende Februar/Anfang März leitete der Zweite Präsident des Nationalrates, Karlheinz Kopf (ÖVP), eine Delegationsreise der „Vorarlberger Nachrichten“ nach Südafrika. An dieser Reise, die nach Johannesburg und Kapstadt führte, nahmen Repräsentanten von Firmen, aber auch ein Vertreter der Vorarlberger Arbeiterkammer teil. Neben Wirtschaftskontakten standen Gespräche mit dem stellvertretenden Parlamentspräsidenten Südafrikas, Lechesa Tsenoli (ANC), sowie dem Vizebürgermeister von Kapstadt, Ian Neilson (DA), auf dem Programm. Im Interview mit Walter Sauer sprach Karlheinz Kopf über Black Economic Empowerment, berufliche Bildung und parlamentarische Zusammenarbeit.

Herr Präsident, die Medien berichten derzeit eher negativ über Südafrika, Sie sind aber mit einem differenzierten Bild zurückgekommen. Könnten Sie Ihre Eindrücke für uns bitte noch einmal zusammenfassen?

Nun ja, man fährt ja dorthin doch im Wissen um die geschichtliche Entwicklung im Zusammenhang mit der Apartheid und die historische Tat von Präsident de Klerk in Verbindung mit dem späteren Präsidenten Nelson Mandela. Aus meiner Wahrnehmung heraus sehe ich, daß das Land in der Zwischenzeit eine gute Entwicklung nimmt. Sie haben eine funktionierende Demokratie mit freien Wahlen, die Wirtschaft ist natürlich rohstoffabhängig, aber immerhin, sie haben Rohstoffe. Das ist kurzfristig ein Vorteil, kann aber mittelfristig auch ein Nachteil sein, wenn ein Land es nicht schafft, parallel dazu eine Diversifizierung seiner Wirtschaft zustande zu bringen. Deshalb bemühen sie sich, Investoren ins Land zu holen. Natürlich haben wir bei Firmen, die wir besucht

haben, auch negative Seiten erlebt. Die Umsetzung des Black Economic Empowerment ist schon ein Stück weit korruptionsanfällig.

Wird es sicher geben, ja. Andererseits, wie wollen Sie sonst diese historische Kluft überwinden?

Natürlich, das sehe ich schon, aber es haben uns halt die Firmen auch von den Schwierigkeiten berichtet, die damit verbunden sind oder sein können. Gleichzeitig haben alle den Eindruck gehabt, daß Südafrika dabei ist, diese Probleme zu überwinden. Also denke ich einmal, daß die Richtung der Entwicklung stimmt.

Sie haben ja eine Firmendelegation begleitet und vor allem die in Südafrika tätigen Vorarlberger Firmen besucht. Vielfach hört man seitens österreichischer Unternehmen die Klage, es gäbe in Südafrika zu wenig ausgebildete Arbeitskräfte, aber nur wenige tun etwas, um diesem Problem abzuwehren.

Also wenn ich jetzt zum Beispiel an die Firma ALPLA denke, habe ich das Gegenteil erlebt. Die verfolgen ja generell die Philosophie, daß sie mit ihren Produktionen weltweit in der Nähe ihrer Kunden sind, weil es ja wenig Sinn macht, die Luft in Kunststoff-Flaschen oder Verpackungen in der Weltgeschichte herumzutransportieren. Also produzieren sie mit ihren Maschinen die Behältnisse vor Ort. Die haben einen Großauftrag in Südafrika bekommen und mußten innerhalb von Monaten eine Produktion aus dem Boden stampfen und in kurzer Zeit an die hundert Leute rekrutieren, und das waren mit wenigen Ausnahmen Einheimische, die sie im Rahmen eines innerbetrieblichen Ausbildungsprogramms angelernt haben. Auch die VOEST, die wir ebenfalls besucht haben, hat einiges in die Ausbildung investieren müssen.

Aber warum setzen sich österreichische Firmen dann nicht aktiver für eine verbesserte Berufsschulbildung in Südafrika ein? Jeder sagt, ich mache

ein In House-Training für meine Firma, und keiner trägt etwas zu einem öffentlichen Berufsschulsystem bei.

So ein gemeinsames Bewußtsein und Bekenntnis muß sich entwickeln, und die Umsetzung setzt auch eine gewisse Konzentration von Betrieben in einem überschaubaren geographischen Raum voraus. In Vorarlberg gibt es ja beispielsweise eine sensationelle und wahrscheinlich weltweit



Karlheinz Kopf

einzigartige Gemeinschaftsaktion der Metall-Elektro-Betriebe. Die stecken unglaublich viel Engagement und Geld in die Verbesserung der Bedingungen für die Lehrausbildung und auch in die Berufsschul-ausstattung hinein. In Südafrika gibt es dafür wahrschein-

lich noch eine zu geringe Dichte an gleich oder ähnlich gelagerten Unternehmen, um so etwas gemeinschaftlich auf die Beine zu stellen. Außerdem merke ich im Moment noch eine zögerliche Bereitschaft österreichischer Firmen zum Settlement in Südafrika, weil sie verschiedentlich hören, daß sich die Rahmenbedingungen permanent verändern, gesetzliche Bestimmungen zum Beispiel. Also eröffnen sie der Nähe zum Markt wegen eher reine Vertriebsseinrichtungen mit wenigen Beschäftigten, wie zum Beispiel Grass oder Blum. Für komplexere industrielle Strukturen, die natürlich ein hohes und diversifiziertes Know-How verlangen, scheinen mir Land und Leute noch nicht wirklich bereit. Dabei ist Afrika ein riesiger Kontinent mit einem großen Potential,

und Südafrika bietet sich an als Zugang zumindest zum südlichen Teil des Kontinents. Es sollte und wird über kurz oder lang industriell entwickelt werden.

Sie haben auch den stellvertretenden Parlamentspräsidenten getroffen. Was haben Sie für einen Eindruck vom Parlament? Das ist ja völlig neu aufgebaut worden nach der Wende.

Mir schien der Vizepräsident sehr interessiert an der Weiterentwicklung des Parlaments und des Parlamentarismus. Er hat auch etliche Fragen gestellt, wie das und jenes bei uns vonstatten geht, es ist mir zumindest der Eindruck vermittelt worden, daß sie dort aktiv an der Entwicklung der Bedeutung des Parlaments arbeiten.

Hat sich vielleicht eine Möglichkeit der Kooperation ergeben mit unserem Parlament?

Wir haben angeboten, daß sie a) herzlich willkommen sind, mit einer parlamentarischen Delegation nach Österreich zu kommen, um sich unseren Parlamentarismus vor Ort anzuschauen und daß wir b) auch gerne helfen würden, wenn es um ganz triviale organisatorische Dinge geht. Um das zu studieren, könnten sie gern Mitarbeiter herschicken, um sich das hier anzuschauen, und vice versa kann man das natürlich dann auch in die andere Richtung organisieren.

Es gibt seitens des österreichischen Parlaments ja den Parlamentarischen Nord/Süd-Dialog, der die Partnerschaft mit Moçambique organisiert. Wäre so etwas Ähnliches für Sie auch mit Südafrika denkbar?

Ich habe es hier im Haus noch nicht weiter verfolgt, weil ich jetzt einfach

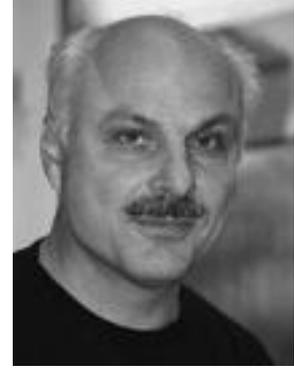
einmal auf die Reaktion von Südafrika warte. Aber wenn Interesse besteht, kann man das natürlich überlegen.

Sie waren meiner Erinnerung nach der erste hochrangige Politiker nach vielen Jahren, der überhaupt in Südafrika war. Sollten nicht mehr Politiker und Politikerinnen aus Österreich nach Südafrika fahren? Sollten wir den politischen Austausch bilateral nicht generell verstärken? Was Diskussionen über Berufsbildung, Investitionsbedingungen usw. ja erleichtern würde.

Ja, das sehe ich auch so, und ich bin auch ein großer Verfechter der Philosophie, daß es nicht nur auf Regierungsebene bilaterale Kontakte geben sollte, sondern auch auf parlamentarischer. Darum nehme ich ja auch, seit ich in dieser Funktion bin, sehr viele bilaterale Kontakte wahr, entweder hier in Wien, wenn Repräsentant/inn/en anderer Parlamente zu uns herein kommen, oder auch in den Ländern selbst. Ich persönlich versuche meine Besuche im Ausland möglichst zu verbinden mit Wirtschaftsdelegationen – so ähnlich, wie es auch die Minister oder der Bundespräsident machen –, um einerseits durch meine Funktion Türen für die Unternehmer zu öffnen und um auf der anderen Seite diesen auch die Möglichkeit zu geben, ein bißchen mehr Einblick in ein Land zu bekommen. Aber das läßt sich sicher ausbauen. Der letzte österreichische Besuch in Südafrika war der von Frau Präsidentin Prammer 2008, das ist sieben Jahre her. Ja, Sie haben schon recht, es sind sehr sehr wenige Kontakte gewesen. Eigentlich verwunderlich, weil es ja dort eine große österreichische Community gibt.

Redaktionelle Mitarbeit: Kathrin Gradt.

Afrikanische Flüchtlingstragödie



Von Adalbert Krims

2014 sind rund 220.000 Flüchtlinge über das Mittelmeer nach Europa gekommen, für 2015 rechnet die EU-Grenzschutzagentur *Frontex* mit einer halben bis zu einer Million. Auch wenn in der europäischen Diskussion Syrien im Vordergrund steht, so kommen doch mit Abstand die meisten Mittelmeer-Flüchtlinge aus Afrika. Der weitaus größte Flüchtlingsstrom verläuft seit 2013 von Libyen nach Italien (und teilweise Malta). Syrer, Iraker und Afghanen flüchten hauptsächlich über die Türkei nach Europa, während ein paar tausend Afrikaner von Marokko nach Spanien (vor allem über die Exklaven Ceuta und Melilla) fliehen.

Wenn man bedenkt, daß es auf dem afrikanischen Kontinent selbst mindestens drei Millionen Flüchtlinge gibt (dazu noch mehr als 10 Millionen im eigenen Land) und allein Kenya mehr als eine halbe Million sowie Äthiopien und der Tschad je fast eine halbe Million Flüchtlinge aus anderen Ländern beherbergen, dann sieht die Zahl der nach Europa gekommenen „Bootsflüchtlinge“ nicht mehr so gigantisch aus.

Immer dann, wenn im Mittelmeer ein Schiff mit hunderten Flüchtlingen versinkt, kommt das Thema wieder auf die Tagesordnung der EU. Als bei der bisher größten Flüchtlingstragödie am 19. April rund 100 km vor der libyschen Küste fast 900 Menschen ertranken, trat sogar ein Sondergipfel der EU zusammen. Dabei sind allein im letzten Jahr mindestens 3.500 Flüchtlinge im Mittelmeer ums Leben gekommen – allerdings nicht so viele auf einmal und daher nicht im medialen Scheinwerferlicht.

Die Staats- und Regierungschefs der EU beschlossen ein „10-Punkte-Programm“, das allerdings wenig Konkretes enthält. Mehr Geld für Seenotrettung sowie bessere Zusammenarbeit mit Mittelmeer-Anrainerstaaten sowie zwischen den Polizei- und Asylbehörden. Dazu Kriegsschiffe im Mittelmeer zur Bekämpfung der Schlepper (inkl. Zerstörung von Schiffen), wofür ein UNO-Mandat angestrebt wird. Bemerkenswert dabei ist, daß offenbar für militärische Aktionen in der EU sehr rasch politischer Konsens gefunden und auch

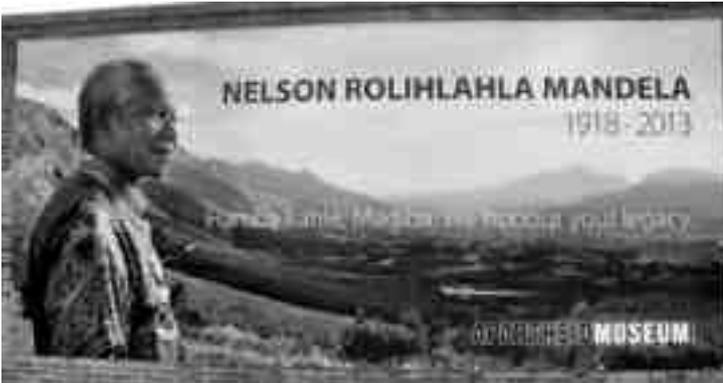
finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Vergessen wird, daß ein guter Teil der Flüchtlingsprobleme gerade durch militärische Einsätze geschaffen wurde. Wenn derzeit die meisten Flüchtlingschiffe von Libyen starten, so hängt das mit dem von mehreren westlichen Ländern unterstützten Sturz von Gaddafi und dem darauffolgenden Zerfall des libyschen Staatswesens zusammen. Außerdem bedienen sich verschiedenste islamistische Gruppen aus dem libyschen Waffenarsenal und verbreiteten damit Gewalt und Vertreibung in die angrenzenden Staaten des Sahel.

Wenn man sich die wichtigsten Herkunftsländer der afrikanischen Flüchtlinge ansieht, so gibt es im wesentlichen drei Kategorien: 1. „failed states“, also im Chaos versunkene Staatswesen wie Somalia oder Libyen selbst; 2. Staaten, in denen es regionale bewaffnete Konflikte gibt wie Nigeria, Südsudan oder Mali sowie 3. Länder, die zwar politisch relativ stabil sind, die aber aufgrund ihrer ökonomischen Schwäche für junge Menschen keine Perspektive bieten wie Gambia oder Senegal. Dazu kommt Eritrea, das von einer besonders brutalen Diktatur regiert wird und das derzeit die zahlenmäßig größte Flüchtlingsgruppe darstellt. Eine nachhaltige Lösung der Probleme kann nicht durch Schnellschüsse (im doppelten Wortsinn) erreicht werden, sondern sie erfordert politische und ökonomische Strategien, die an den hier nur kurz genannten wichtigsten Fluchtursachen ansetzen. Europa hat nicht nur durch seine koloniale Vergangenheit, sondern auch durch seine Außen-, Wirtschafts- und Militärpolitik der letzten Jahre Anteil an der Entstehung dieser Fluchtursachen und deshalb eine Verantwortung, zu einer Lösung beizutragen. Dazu wird die aus humanitären Gründen gebotene Aufnahme von Flüchtlingen nicht ausreichen, sondern es geht um strukturelle Maßnahmen etwa in der Handels-, Agrar-, Fischerei- und Entwicklungspolitik der Europäischen Union gegenüber Afrika.

Adalbert Krims ist Journalist in Wien. Er kommentiert für INDABA aktuelle entwicklungspolitische Trends.

einem Mix aus Objekten und multimedialen Präsentationen zu vermitteln. Und doch erreichen sie ihr Zielpublikum kaum.

Das hervorragend gestaltete *Apartheid Museum* in Johannesburg hat sich der Tatsache des geringen Interesses seitens der südafrikanischen Bevölkerung schon vor fünf Jahren gestellt. Der Ausstellungskomplex, der den Aufstieg und den Fall der Apartheid veranschaulicht und



Apartheid Museum in Johannesburg: Anerkannte Attraktion

den Weg zu einer nicht-rassistischen Gesellschaftsordnung in einem demokratisch regierten Staat dokumentiert, kann nur dann seinem Bildungsauftrag gerecht werden, wenn es gelingt, mehr und vor allem junge Südafrikaner/innen zu einem Besuch zu motivieren. Im Jahr 2010 wurde daher die PR-Agentur *TBWA\Hunt\Lascares* mit einer Kampagne beauftragt, die unter dem Titel „*Forgotten History. Lost Future*“ den Versuch unternahm, die südafrikanische Jugend für die Bedeutung der jüngsten Vergangenheit zu sensibilisieren. Im Zentrum stand dabei die Frage: Was wird aus einer Generation, die auf Prominente fixiert ist und die die eigene Geschichte vergißt?

Da das Sichtbarmachen eines Problems der erste Schritt zur Lösung ist, wurden Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft auf der Straße angesprochen und um Beantwortung einiger Fragen gebeten. Die in lockerer Atmosphäre geführten Gespräche wurden mitgefilmt. Zunächst wurden die Jugendlichen nach Namen von prominenten Schauspielern, Sängerinnen und Sportlern gefragt. Den jüngsten Hit von Lady Gaga, den Namen des neuen Freundes von Beyoncé oder des berühmtesten schwarzen Golfers konnten so gut wie alle nennen. Doch welcher Südafrikaner erhielt für seinen Einsatz gegen die Apartheid im Jahr 1960 den Friedensnobelpreis? Zitate oder Fotos von Albert Luthuli, Steven Biko oder Joe Slovo wurden nicht erkannt. Mehr als 86 Prozent der Befragten konnten spielend Ikonen der

Unterhaltungsindustrie nennen, versagten aber dabei, führende Anti-Apartheid-Aktivisten zu identifizieren. Diese ernüchternde Wahrheit wurde in Kurzvideos dokumentiert, die in den Tagen vor dem *Freedom Day* – einem staatlichen Feiertag, der dem Gedenken an die Einführung der Demokratie und der ersten freien und gleichen Wahlen am 27. April 1994 gewidmet ist – über Radio, Fernsehen und Internet verbreitet wurden. Erfreulicherweise wurde mittels dieser Art der Kommunikation die gewünschte Zielgruppe erreicht, denn der Ticketverkauf stieg um 40 Prozent an, und die Website des Apartheid Museums verzeichnete eine um das Tausendfache gesteigerte Besucherfrequenz.

Es ist dem Museum jedenfalls zu wünschen, daß in Zukunft noch mehr Menschen – insbesondere jene, die zur „Born Free“-Generation gehören – den Weg in die Ausstellung über die Geschichte der Rassentrennung und ihrer Überwindung finden. Es ist für alle Besucher/innen eine einmalige emotionale Erfahrung, wenn sie durch den Kauf der Eintrittskarte nach dem Zufallsprinzip klassifiziert werden und dementsprechend die Ausstellungsräume über getrennte und vergitterte Eingänge für „Weiße“ oder „Nicht-Weiße“ betreten müssen und schließlich vor der lebensgroßen Abbildung



Apartheid Museum: Kommission zur rassistischen Einstufung

der Rassenfeststellungskommission stehen. Wie willkürlich und absurd über das Schicksal von Menschen entschieden wurde, zeigt eine Statistik der „Chamäleonfälle“. Wer mit seiner Rassenklassifizierung nicht zufrieden war, konnte einen Antrag auf Änderung stellen. Auch die Umgruppierung

von Amts wegen wurde durchgeführt. So wurden noch im Jahr 1985 mehr als 1000 Personen einer anderen „Rassengruppe“ zugewiesen, wodurch sich ihre Lebensumstände teils massiv veränderten. Auf diese Weise wurden 702 „Coloureds“ zu „Weißen“, umgekehrt auch 19 vormals als „Weiße“ Kategorisierte zu „Coloureds“. Weiters wurden 249 „Schwarze“ und 50 „Inder“ zu „Coloureds“.

Um Einheimischen und internationalen Touristen die Zeitgeschichte noch erlebbarer zu vermitteln, wird derzeit an einer Außenstelle des Apartheid Museums in der Provinz Kwazulu-Natal gebaut – an jenem Punkt einer Überlandstraße nahe der Stadt Howick, an dem am 5. August 1962 ein Auto von der Polizei angehalten wurde. Am Steuer saß – als Chauffeur verkleidet – Nelson Mandela. Die Verhaftung Mandelas führte zum Rivonia-Prozeß, der mit seiner Verurteilung zu lebenslanger Haft endete. Am 50. Jahrestag der Festnahme wurde an der sogenannten *Mandela Capture Site* eine eindrucksvolle Stahlskulptur enthüllt. Der künstlerische Entwurf stammt von Marco



Nelson Mandela Capture Site

Cianfanelli, der schon das Apartheid Museum mitgestaltete, und die architektonische Umsetzung von Jeremy Rose. Das Besondere: Das Kunstwerk stellt eine optische Illusion dar! Was aus der Entfernung wie die wahllose Anordnung von Stahlsäulen unterschiedlicher Höhe aussieht, wird bei Betrachtung aus 35 Metern Distanz in Blickrichtung auf den exakten Ort der Verhaftung am Straßenrand zu einer

Silhouette des Gesichts Nelson Mandelas. Noch ist diese Außenstelle spärlich besucht, doch das in Bau befindliche Museum soll mit einer Dauerausstellung zum Leben Mandelas das Publikum anziehen. Ein ambitioniertes *Truth Cafe* und ein Souvenirgeschäft wurden schon eröffnet.

Als kostengünstige Verkehrsmittel, um sich in Städten wie Johannesburg oder Kapstadt auf historischen Pfaden zu bewegen, erweisen sich mittlerweile die roten, doppelstöckigen *hop on-hop off-Busse*. Ausgehend von der



Orlando West 8115: Gedenkausstellung im ehemaligen Haus Mandelas

Gautrain Park Station durchfährt man beispielsweise das Stadtzentrum von Johannesburg und hat an zwölf Stationen die Möglichkeit, die revitalisierte Innenstadt zu besuchen. Ein über Kopfhörer in sechzehn Sprachen zur Verfügung stehender Kommentar vermittelt Hintergrundinformationen zum Gesehenen. Auch eine Township-Tour nach Soweto ist zusätzlich buchbar. Mandelas Wohnhaus und der Ort des Schüler/innenaufstandes von 1976 werden so sichtbar. Diese Art des Tourismus eröffnet für viele Menschen einen neuen Blick auf Südafrika und birgt die Chance, daß wichtige Orte zur Geschichte und Gegenwart des Landes ein fixer Bestandteil einer Südafrikareise werden. Denn nach wie vor fokussieren sich internationale Tourist/inn/en auf die beeindruckende Tierwelt, klammern aber gleichzeitige soziale und historische Zusammenhänge aus, die zu einem differenzierten Südafrikabild notwendig wären. In Kapstadt ist es dank der drei Buslinien ein Leichtes, aus dem historischen Zentrum zum *District Six Museum* zu gelangen und über den Tafelberg auch einen Abstecher ins *Imizamo Yethu Township* zu unternehmen. Die Bewohner/innen, darunter viele Zugewanderte aus anderen Provinzen bzw. aus afrikanischen Ländern, leben hier auf engstem

Raum und finden in den wohlhabenden Haushalten rund um das Kap Erwerbsmöglichkeiten. Ein lokaler Guide führt zwei Stunden lang durch die Siedlung und erläutert Themen wie mangelnde Infrastruktur oder die schwierige Wasserversorgung. Auch die Frage der Eigenverantwortung der Bewohner wird immer wieder angesprochen. Bereitwillig erzählen Betroffene, welche Lebensumstände sich in den letzten zwanzig Jahren verbessert haben und wo noch dringender Handlungsbedarf besteht.

Wie politisch aktuell die Diskussion um Denkmäler und ihre Perzeption in der Öffentlichkeit ist, zeigen Beispiele der letzten Wochen. Mitglieder der radikalen Partei *Economic Freedom Fighters (EFF)* warfen einen brennenden Autoreifen über die steinerne Statue, die zur Erinnerung an die britischen Soldaten des Anglo-Burischen Krieges in der Stadt Uitenhage steht. Das Denkmal wurde zwar durch den Brand geschwärzt, blieb aber stehen. Die EFF unter Julius Malema läßt seit zwei Jahren nichts unversucht, um mit militanten Aktionen auf sich aufmerksam zu machen. Dabei geht es nicht um eine kritische Auseinandersetzung mit der Kolonialgeschichte oder der Apartheid, sondern um das Ablenken von gegenwärtigen ökonomischen Problemen. Statt Zukunftschancen für die Jugend zu eröffnen, soll diese zur Zerschlagung von Statuen motiviert werden. Daß diese Scherben Glück bringen werden, kann bezweifelt werden. Auch eine Statue von Cecil Rhodes wurde vor kurzem nach Protesten von Studierenden vom Campus der Universität in Kapstadt entfernt. Der ANC hat bisher im Sinn der nationalen Aussöhnung den Abbruch von bestehenden Denkmälern vermieden und Neubauten initiiert. Immer mehr Vertreter/innen der Zivilgesellschaft und prominente Anti-Apartheid-Aktivist/inn/en – darunter auch Albie Sachs – fordern statt eines Denkmalsturms eine kritische Auseinandersetzung mit der widersprüchlichen Geschichte Südafrikas. Die künstlerische Neoadaption von Denkmälern bzw. ihre Ergänzung um neue Elemente, die eine Reflexion über Geschichte ermöglichen können, wären dabei probate Möglichkeiten. Ein gelungenes Beispiel der demokratischen Neugestaltung mit Bezug zur jüngsten Geschichte steht mit dem Gebäude des Obersten Verfassungsgerichtshofs, das unter Einbeziehung von Bauelementen des ehemaligen Gefängnisses *Nummer Vier* errichtet wurde, im Johannesburg Stadtteil Hillbrow.

Dieses neu errichtete Justizgebäude *Constitution Hill* befindet sich heute an der Stelle des vormals berüchtigten „Gefängnisses Nummer Vier“, in dem prominente Häftlinge

wie beispielsweise Mahatma Ghandi oder Nelson Mandela einsaßen. Es stellt durch seine Architektur und Formensprache – so wurden beispielsweise zur Verkleidung des Gerichtssaales recycelte Ziegel aus dem abgebrochenen Gefängnis verwendet – ein Symbol des Neuen Südafrika dar. Eine Reihe von horizontalen Fenstern hinter den Sitzplätzen der Richter gibt den Blick frei nach außen. Exakt auf Augenhöhe der Richter im Verhandlungssaal sind die Füße derjenigen sichtbar, die außen am Gebäude vorbeigehen. Richter, die zur Wahrung der verfassungsmäßig garantierten Rechte arbeiten, befinden sich somit räumlich auf



Früher Gefängnis, heute Herberge für den Verfassungsgerichtshof Südafrikas

einer Ebene mit dem Volk, dem sie dienen sollen. Eine für Besucher klar erkennbare Bildsprache zieht sich durch den gesamten Gebäudekomplex. Eindrucksvoll wirkt auch das Eingangstor, das 27 holzgeschnitzte Reliefs mit Darstellungen der Grundfreiheiten, die in der südafrikanischen Verfassung verankert sind, trägt. Mit der Standortwahl hat man vor zwanzig Jahren jedenfalls großes historisches Bewußtsein demonstriert, denn ein Teil der ebenerdigen Gefängniszellen blieb als Gedenkstätte erhalten. Constitution Hill ist ein gelungenes Beispiel für die Bewahrung von historischer Bausubstanz, die für eine düstere Phase der Geschichte Südafrikas steht, und die durch ihre Überarbeitung schließlich in einem sonnendurchfluteten Triumph der Demokratie mündet.

Alle sechs Videos zu „Forgotten history. Lost Future.“ sind auf der Website des Apartheidmuseums unter <http://www.apartheidmuseum.org/> abrufbar.

„One man – one note“ re/calling Siachilaba ist Retrospektive, Verständigung und Ausblick zugleich. Und 20 Jahre Kulturaustausch sind sicher auch ein Grund zum Feiern.

Knapp 20 Jahre ist es her, daß der Linzer Künstler Georg Ritter und der „Aufgeiger“ Gotthard Wagner das Tonga-Dorf Siachilaba nahe dem Südufer des Kariba-Stausees besuchten. Den Kontakt hatte der 2009 verstorbene Komponist Keith Goddard aus Harare hergestellt, der von der *Ngoma Buntibe*-Tonkunst der Tonga schwärmte. Die freundliche Aufnahme im Dorf wurde mit der Einladung zum

gerade stattfindenden Begräbnisritual für die verstorbene Schwester des Chiefs verbunden. Erst später realisierten die beiden, daß ihr Geigenspiel und Tanz inmitten der brodelnden Menge über die Grabhügel der Verstorbenen führte, um die Geister der Vorfahren anzurufen und gewogen zu stimmen. Seither ist das Tonga-Dorf Siachilaba im Tal des Zambezistroms an der Grenze zwischen Zimbabwe und Zambia ein fester Bezugspunkt im Kulturaustausch zwischen Österreich und dem Südlichen Afrika geworden.



Festival der zambischen Tonga

Stationen der Tonga-Zeitreise 1995-2015

1995/96: Musiksafari Siachilaba

1996: Zimbabwe-Tournee Wiener Tschuschenkapelle

1997: Nyaminyami celebration of Tonga culture @ ZIBF bookfare; CDs *Simonga + Six Reflections on Tonga music*; OÖ Festival der Regionen: Tonga Expedition Totes Gebirge

1998: Hörgänge @ Wiener Konzerthaus; Osterfestival Hall; Video Exit Only

2001: Projektraum in der Ausstellung „Spuren des Regenbogens“ im Linzer Schloßmuseum, mit Panel „Whose images?“; Big Blue Van in Siachilaba zum Start des Tonga.Online ICT Projekts; BMUKK-Spezialpreis für Kommunikation mit Museen; Photo workshop for Siachilaba kids

2002: Opening of Binga ITC; Honorary mention @ Ars Electronica; Windhund – Zimbabwe-Tournee

2003: Windhund Zimbabwe Rewind @ Porgy&Bess; Music&Computer workshop Binga

2004: Tonga.Online Extension; Special Award @ Ars Electronica; Tonga.Online in NYC; Mulonga.Net-Festival in Siachilaba mit Klangbrücke Siachilaba – Linz; Film „Across The River“

2005: Symposium Zambezi River Music bei Glatt&Verkehr; Radio FRO Benefiz für Tonga.Online

2006: computers für Sinazongwe ITC

2007: Tonga.OnAir errichtet Radio Sinazongwe; MICA fair music award

2009: Simonga-Maliko Tongamusik @ Parade Linz09

2010/11: Siabuwa ITC Solar / Rotary project; Funkfeuer-Initiative errichtet Public Access Point @ Binga Library; Kunzwana.net launch @ Book Cafe Harare

2012: Ngoma Buntibe @ HIFA Harare

2014: Kunzwana # 1 startet mit Workshop in Siachilaba; Tales of Resilience und Fotos von Siachilaba Frauen @ Nationalgalerie Harare + Musikforum Viktring

2015: „Sichtwechsel“ im OÖ Festival der Regionen; Ausstellung RE/CALLING SIACHILABA @ Deutschvilla Strobl

Was hat zahlreiche österreichische Musiker/innen und Künstler/innen so fasziniert und beeindruckt, daß sie sich immer wieder auf dieses Tonga-Narrativ bezogen und sich damit künstlerisch auseinandergesetzt haben? Was sind die Impulse, die von der Tonkunst der Tonga und ihrem starken Lebenswillen ausgehen? Es ist wohl diese heitere Gelassenheit, mit der sich einfaches Leben und höchste musikalische Komplexität begegnen. Und die elementare Wucht, mit der sich Kultur wiederum als gemeinschaftliches Über/Lebensmittel erweist: Es geht nicht nur darum, wie wir leben, sondern auch wozu.

Von der ersten, durch Keith Goddard vermittelten *Erkundung* 1995 über die *Six Reflections* 1997, die Klangbrücke bei der *Ars Electronica* 2004 bis zur *Parade* bei *Linz09* oder den *Tales of Resilience* von *Time's Up* 2014 spannt sich der Bogen an Begegnungen, Experimenten und kritischen Denkanstößen.

Die kulturelle Identität und Widerstandskraft der Tonga kommt besonders in ihrer *Ngoma Buntibe*-Musik zum Ausdruck, die spirituelles Tanzritual, traditionelles *storytelling* und Unterhaltung der Dorfgemeinschaft zugleich ist. Die Geschichten handeln von der zwangsweisen Umsiedlung in den 50er Jahren, von Wanderarbeit und Migration, aber auch vom aktuellen Zusammenleben und den Konflikten zwischen Tradition und den Herausforderungen des mo-

Zum 100. Geburtstag von Beyers Naudé

Christiaan Frederick Beyers Naudé war der erste ranghohe Geistliche der Hol­ländisch-Reformierten Kirche Südafrikas, der aus den Reihen der Apartheid ausscherte und durch sein Christliches Institut eine wichtige Rolle bei der For­mierung des Widerstandes spielte. 1977 wurden er und das Institut gebannt. Horst Kleinschmidt, einer seiner engsten damaligen Mitarbeiter, skizzierte bei einem Vortrag in Uppsala am 10. Mai unbekannte Facetten des 2004 verstorbenen Theologen und Aktivisten.

Von 1977 bis zur Aufhebung seines Hausarrests 1984 war Oom Bey öffentlich nicht präsent. Aber er saß nicht untätig herum. In diesen sieben langen Jahren bereicherte sich Beyers' Prophetie mit radikalem Denken und Handeln. Sein christlicher Glaube integrierte sich in die Politik dieser Zeit. Für ihn war das kein Gegensatz. In einem Brief vom 27. Oktober 1977, eine Woche nach der Bannung des *Christian Institute*, all seiner Mitarbeiter/innen und von Beyers selbst, schrieb er: „Wie ich früher schon angedeutet habe, bin ich bereit, überall dort zu dienen, wo meine Präsenz den größten und sinnvollsten Beitrag leisten kann. Angesichts der derzeitigen Situation scheint es mir klar, daß es meine Aufgabe in voraussehbarer Zukunft sein wird, zu bleiben, wo ich bin – aber wir denken darüber ebenso nach wie über die Implikationen, zu bleiben oder zu gehen.“

Einige Wochen später dachte Beyers für kurze Zeit daran, Südafrika zu verlassen und sich in Lusaka Oliver Tambo, dem ANC und, im Fall von dessen Exilierung, Mangosuthu Buthelezi anzuschließen. Er wollte damit den Stillstand aufbrechen, in den die Apartheid Südafrika gezwungen hatte.

Ein Jahr später aber, am 9. Oktober 1978, schrieb Beyers: „Ich möchte klar machen, daß ich mit der Arbeit des *Christian Institute* fortfahren werde, solange Gott mir die notwendige geistige und körperliche Stärke gibt. Ich denke nicht daran, mich zurückzuziehen oder in einen ‚Ruhestand‘ zu gehen oder die Aufgabe, in die ich involviert bin, sonst irgendwie aufzugeben. So sehe ich meine Aufgabe hier in Südafrika, und wie schwer es auch immer sein möge, hoffe ich hier in unserem Land Führung anbieten zu können im vollen Bewußtsein dessen, daß ein Augenblick kommen könnte, wo dies nicht mehr möglich ist – aber wenn und wann dieser Moment da sein sollte, werde ich es klar

sagen und meine Position mit der Gruppe teilen.“ Das sind Auszüge aus handschriftlichen Briefen, die aus Südafrika herausgeschmuggelt wurden. Sie und viele andere sind noch vorhanden.

In den ersten Monaten 1978 waren Beyers und die engste „Gruppe“ um ihn (meist frühere Mitarbeiter/innen des *Christian Institute*) damit beschäftigt, eine politische Erklärung zu verfassen, die einen Rahmen und eine Aufgabe für ein illegales *Christian Institute* im Untergrund beinhalten sollte. Dieses Dokument befaßte sich damit, wie und auf welcher Basis man mit dem ANC, dem *Black Consciousness Movement* und möglicherweise auch mit *Inkatha* zusammenarbeiten könnte; mit der Rolle und den Aufgaben individueller Christen und der Kirchen in Südafrika generell; der Notwendigkeit, konkrete Analysen der Situation

zu erarbeiten, um den ambivalenten Stand der Kirchen gegenüber der Apartheid in Frage zu stellen, in Südafrika selbst wie auch in Europa und Nordamerika; der Förderung von Versöhnung und Einheit zwischen „Freiheitsbewegungen“; seelsorgerischer Betreuung für die Exilierten und Ausbildungsmöglichkeiten für die durch Apartheid Vernachlässigten; der möglichen Etablierung eines „Steve Biko-Instituts“; Zusammenarbeit mit der Organisation für afrikanische Einheit und den Vereinten Nationen; und mit der Förderung gewaltloser Methoden des Kampfes, ohne den



Beyers Naudé mit der späteren SADOCC-Generalsekretärin Elfriede Pekny

bewaffneten Kampf des ANC und des PAC dadurch zu ersetzen. Auch wenn es nie zur Schaffung einer solchen Institution kam – Beyers lebte und agierte während seines achtjährigen Hausarrests jeden Tag auf dieser Grundlage. 1990 wurde er vom ANC zu den ersten *Groote Schuur*-Gesprächen eingeladen. Später nahm er daran nicht mehr teil. Wurde er ausgebootet, weil sein moralischer christlicher Sozialismus nicht in die Modalitäten paßte, die den Parteien für unsere neue politische Ordnung vorschwebte? Ich weiß es nicht. Aber auch als er bereits an den Rollstuhl gefesselt war, warnte er vor der Unbekümmertheit, mit der die neue Regierungspartei in Bequemlichkeit, Luxus und in Korruption unerhörten Ausmaßes versank. Wie zu erwarten, war Beyers bereits einen Schritt weiter und beteiligte sich nicht an den Kompromissen der entstehenden neuen Ordnung.

Auf seiner Suche nach Gleichheit – *egalité* – verachtete er jeglichen verschwenderischen Lebensstil. Wenn Beyers heute unter uns wäre, würde er immer noch seinen geliebten fünfzig Jahre alten Peugeot 404 fahren, und damit würde er Meetings gegen Xenophobie in informellen Siedlungen besuchen und daneben auch jene unterstützen, die sich für Land, Wohnen und Wasser engagieren.

bridgingMZAMBA

Fußgängerbrücke in Eastern Cape

Architektin Marlene Wagner berichtete am 21. Mai im SADOCC-Forum über das gemeinsame Bauvorhaben von *Fachhochschule Kärnten*, der Organisation *buildCollective* und der Gemeinde Mzamba in der südafrikanischen Provinz Eastern Cape.

Dabei geht es um die Planung und Errichtung einer Fußgängerbrücke über den Fluß Mzamba an der Provinzgrenze zu KwaZulu/Natal, um den Bewohnern des südlichen Pondo-Landes einen sicheren Zugang zur örtlichen Infrastruktur wie Schule, Krankenhaus und Nahversorgung zu ermöglichen. Die von Florian Anzenberger und Thomas Harlander geplante Verbindung ist eine Hängebrücke aus Stahl mit einer Spannweite von 66 und einer Gesamtlänge von 135 Metern. Durch die enge Zusammenarbeit mit dem 15-köpfigen Gemeindevorstand, in dem die traditionellen Chiefs, die staatliche Verwaltung und die lokale Bevölkerung vertreten sind, wird damit ein nachhaltiges Projekt verwirklicht. Neben dem sparsamen Umgang mit den vorhandenen Ressourcen finden pragmatische Umsetzung, Landschaft und nachhaltiger Tourismus im Ent-

wurf Beachtung. Die Gesamtkosten belaufen sich auf ca. 135.000 Euro, die zum großen Teil durch Förderungen, Sponsoren und freiwillige Arbeitsleistung aufgebracht werden.

Fundamente und Haupttragwerk der Brücke konnten im April 2015 fertiggestellt werden. In der nächsten Bauphase geht es nun um den abgehängten Gehweg sowie Hangsicherung und Rehabilitation des Umraumes. Dafür werden noch 50.000 Euro an Spenden benötigt.

Unterstützen Sie die Fertigstellung dieser lebensnotwendigen Infrastruktur!

Kontakt:

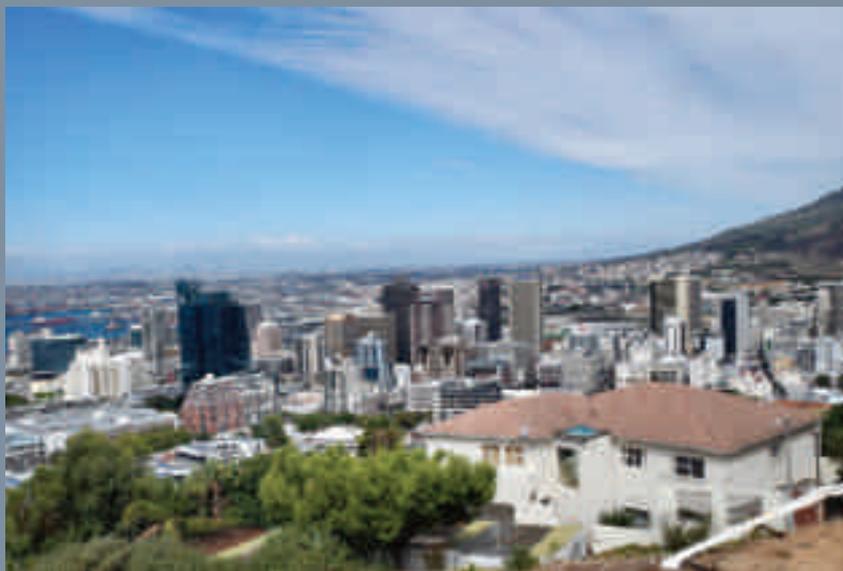
mwagner@buildcollective.net
 buildCollective
 NPO ZVR 979873974
 bridging Mzamba
 IBAN AT351200050787787805
 BIC BKAUATWW

Mehr Informationen auf:

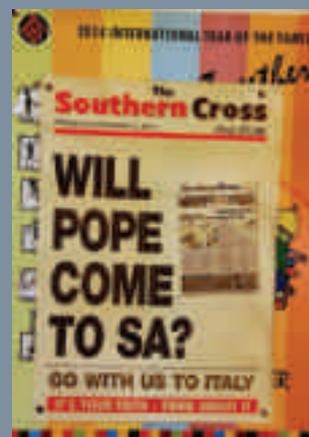
www.buildCollective.net
<https://www.facebook.com/bridgingmzamba>



Impressionen aus Kapstadt



Mit Kallie Hanekom am Grab des
Freiheitskämpfers Wolfie Kodesh



von Johann Gattringer

Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

Verlagsadresse:
A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

.....



Bezahlte Anzeige

G'scheiter lernt weiter.

In Wien ist „Lebenslanges Lernen“ Programm.

Das Programm ist bunt, der Einstieg leicht: Seminare, Kurse, Lehrgänge, Büchereien und vieles mehr laden in Wien dazu ein, etwas dazuzulernen. Auf www.bildung.wien.at finden Sie den Überblick über Schulen und KursanbieterInnen. Wussten Sie, dass die Stadt Wien viele Weiterbildungen fördert? Lesen Sie nach. Es zahlt sich aus.

Haben Sie Fragen zu diesem Thema? www.wienwillswissen.at



Wien. Die Stadt fürs Leben.

StadT  Wien